



# STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

14. Jahrgang · Heft 8

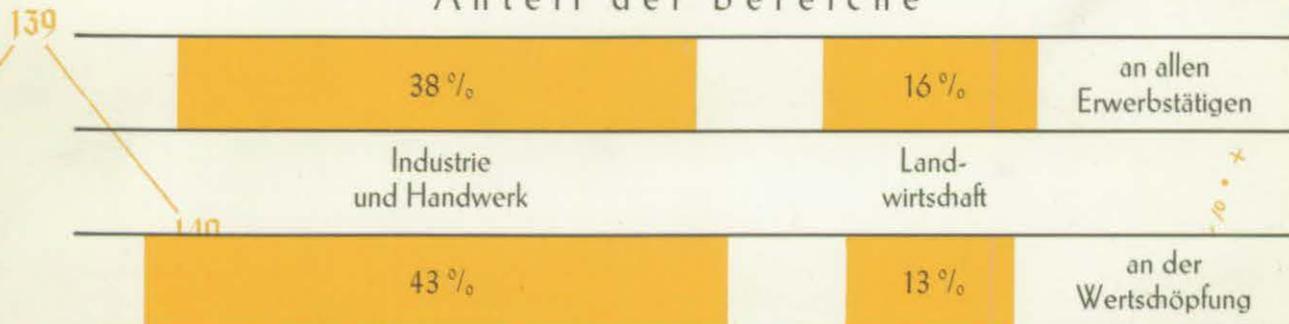
August 1962

- Aufsätze:**
- Wohnbevölkerung nach der Volkszählung
  - Kredite und Einlagen 1961
  - Meldepflichtige Krankheiten
- Kurzberichte:**
- Arbeitsplatzwechsel der Arbeitnehmer
  - Öffentliche Verschuldung
  - Hypotheken 1961
  - Klassifizierte Straßen
  - Verkehr der Bundesbahn
  - Ausländer 1961
  - Preise landwirtschaftlicher Betriebsmittel
  - Baumschulen 1961

Graphik des Monats: Zunahme des Wohnungsbestandes

INDUSTRIELAND — AGRARLAND

Anteil der Bereiche



Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

V 6458 E

# DIE KONJUNKTUR IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

		1961	1962	Veränderung in %
		Monatsdurchschnitt Jan. bis Mai <sup>1</sup>		
<b>INDUSTRIE</b>				
Produktionsindex <sup>2</sup>	1950=100	275	280	+ 2
Beschäftigte <sup>3</sup>	1 000	172	176	+ 2
Umsatz <sup>3 4</sup>	Mill. DM	551	565	+ 3
Geleistete Arbeiterstunden <sup>3 5</sup>	Mill. Std.	25	24	- 1
<b>BAUWIRTSCHAFT UND BAUTÄTIGKEIT</b>				
Geleistete Arbeitsstunden <sup>6</sup>	Mill. Std.	9,0	8,3	- 8
Zum Bau genehmigte Wohnungen <sup>7</sup>	Anzahl	1 797	1 796	- 0
<b>HANDEL</b>				
Ausfuhr	Mill. DM	83,1	79,3	- 5
Einzelhandelsumsatz	1961=100	89	99	+ 11
<b>VERKEHR</b>				
Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	4 499	5 023	+ 12
<b>PREISINDEXZIFFERN (Bundesgebiet)</b>				
Einkaufspreise für Auslandsgüter	1950=100	95	93	- 2
Preise ausgewählter Grundstoffe	1950=100	130	132	+ 2
Erzeugerpreise				
industrieller Produkte	1958=100	101,7	102,8	+ 1
landwirtschaftlicher Produkte <sup>8</sup>	1957/59=100	97,6	p 105,7	+ 8
Lebenshaltungsindex <sup>9</sup>				
insgesamt	1958=100	104,1	108,2	+ 4
Ernährung	1958=100	102,4	108,0	+ 5
<b>GELD UND KREDIT</b>				
Bestand an				
kurzfristigen Krediten <sup>10</sup>	Mill. DM	1 303	1 467	+ 13
mittel- und langfristigen Krediten <sup>11</sup>	Mill. DM	3 031	3 574	+ 18
Sparenlagen <sup>12</sup>	Mill. DM	1 576	1 784	+ 13
<b>STEUERAUFKOMMEN</b>				
Umsatzsteuer <sup>13</sup>	Mill. DM	37	39	+ 7
Landessteuern <sup>14</sup>	Mill. DM	45	51	+ 14
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	25	28	+ 12
Lohnsteuer	Mill. DM	18	23	+ 25

1) bei "Geld und Kredit": Dezember 1961 bis April 1962    2) Gesamtindustrie mit Energieerzeugung (ohne Bau)    3) in Betrieben mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten    4) einschl. Verbrauchssteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren    5) einschl. Lehrlingsstunden    6) nach den Ergebnissen der Totalerhebung für alle Betriebe (hochgerechnet)    7) in Wohngebäuden und Nichtwohngebäuden (Neubau und Wiederaufbau)    8) Wirtschaftsjahr Juli bis Juni    9) 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalt mit Lebenshaltungsausgaben von rund 570 DM monatlich nach den Verhältnissen von 1958    10) an die Nichtbankenkundschaft    11) an die Nichtbankenkundschaft; einschl. durchlaufender Kredite    12) Einlagenbestand am Monatsende    13) einschl. Umsatzausgleichsteuer    14) einschl. Landesanteil an den Einkommensteuern

## I N H A L T

8/62

Aktuelle Auslese . . . . .	229
Aus dem Inhalt . . . . .	230-231
 Aufsätze	
Die Wohnbevölkerung in Schleswig-Holstein . . . . .	232-235
Kredite und Einlagen in Schleswig-Holstein im Jahre 1961 . . . . .	235-240
Meldepflichtige Krankheiten 1960 und 1961	240-242
 Kurzberichte	
Der Arbeitsplatzwechsel der Arbeitnehmer in der Wirtschaft Schleswig-Holsteins . . .	242-243
Die öffentliche Verschuldung am 31. 12. 1961 . . . . .	243-246
Die Grundstücks- und Schiffshypotheken 1961 . . . . .	246-247
Die klassifizierten Straßen . . . . .	248
Verkehr der Bundesbahn 1959 bis 1961 . . .	248-249
Die Ausländer in Schleswig-Holstein 1961 .	249-250
Die Preise landwirtschaftlicher Betriebsmittel	250-251
Die Pflanzenbestände in Baumschulen 1961	251-252
 Graphik des Monats . . . . .	 244-245
Schleswig-Holstein im Zahlenspiegel . . . .	253-258
Kreiszahlen . . . . .	259
Schleswig-Holstein im Bund . . . . .	260
Wirtschaftskurven B - Industrie - . . . .	3. Umschlagseite

## Inhalt der letzten 5 Hefte nach Monaten

### Heft 3/1962

Güterbewegungsstatistiken  
Berlin- und Interzonenhandel 1960  
Spareinlagen 1900 bis 1960  
Löhne im Handwerk  
Verbrauch in Haushalten

### Heft 4/1962

Lehrerbedarf und Lehrernachwuchs  
Landwirtschaftl. Betriebe über 100 ha  
Gewerbesteuer-Meßbeträge 1958  
Umsatzstruktur 1960  
Preise in Gaststätten 1960  
  
Gemüse 1961  
Getreide 1961  
Konsumgenossenschaften 1960  
Voraussichtlicher Pkw-Bestand

### Heft 5/1962

Ehescheidungen 1960  
Bauwirtschaft 1961  
Fremdenverkehr Sommer 1961  
Kapitalgesellschaften 1961  
Steueraufkommen 1961  
  
Schweinebestand März 1962  
Streiks

### Heft 6/1962

Milchwirtschaft 1961  
Vieh- und Fleischwirtschaft 1960/61  
Löhne in der Landwirtschaft 1961  
Industrie 1961  
Handwerk 1961  
Zahlungsschwierigkeiten 1961  
  
Kommunaler Finanzausgleich  
Lehrernachwuchs  
Pädagogische Hochschulen  
Akademische Prüfungen

### Heft 7/1962

Kommunalwahlen März 1962  
Bodennutzungssysteme  
Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe  
Boden- und Kommunalkreditinstitute



# STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

14. Jahrgang · Heft 8

August 1962

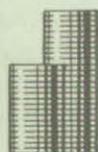
## Aktuelle Auslese

### BAUVORRAT AN WOHNUNGEN



Bei etwa gleicher Zahl von Baugenehmigungen und merklich weniger Baufertigstellungen im 1. Halbjahr 1962 ergibt sich für den 1. Juli dieses Jahres ein Bauvorrat von rund 39 000 Wohnungen. Das sind um 10% mehr als am gleichen Stichtag des Vorjahres.

### ERGIEBIGES BAUSPARGESCHÄFT



Bei den privaten und öffentlichen Bausparkassen wurden 1961 in Schleswig-Holstein 25% mehr neue Bausparverträge abgeschlossen als 1960. Die Zuwachsrate im Bundesgebiet betrug nur 8%. Die Bausparsumme der neuen Verträge war in Schleswig-Holstein mit 361 Mill. DM um 33% höher als im Vorjahr. Im Bundesgebiet betrug diese Summe 12,2 Mrd. DM und war um 12% höher als 1960. - 1961 wurden die neuen Verträge im Durchschnitt wieder über höhere Summen abgeschlossen; die durchschnittliche Bausparsumme je Vertrag lag in Schleswig-Holstein 1960 bei 16 600 DM und 1961 bei 17 600 DM. Für das Bundesgebiet betrugen die entsprechenden Werte 18 700 DM und 19 400 DM.

### ZEMENTPRODUKTION AUSGEDEHNT



Im zweiten Vierteljahr 1962 produzierten die schleswig-holsteinischen Zementwerke für den Absatz an die Bauwirtschaft 544 000 t Zement im Werte von 37 Mill. DM. Gegenüber dem gleichen Zeit-

raum des Vorjahres nahm die Produktion mengenmäßig um knapp 7%, wertmäßig um nahezu 10% zu.

### KEINE ZUNAHME DER UNFÄLLE MIT PERSONENSCHADEN



Im ersten Halbjahr 1962 ereigneten sich in Schleswig-Holstein 5 706 Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden. Es wurden dabei 260 Personen getötet und 7 322 verletzt. Gegenüber dem ersten Halbjahr 1961 hat die Zahl der Unfälle mit Personenschaden und die der getöteten Personen nicht zugenommen, während bei den Verletzten eine Zunahme von 1% zu verzeichnen war. Die Zahl der Unfälle mit nur Sachschaden nahm im gleichen Zeitraum um 11% zu.

### WIRTSCHAFTLICHE SITUATION DER ALLEINLEBENDEN FRAUEN



Das Statistische Bundesamt berichtet in einem Aufsatz<sup>1</sup> über die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse der alleinstehenden Frauen. Die Ergebnisse stützen sich auf die im Frühjahr 1960 durchgeführte Wohnungserhebung. Nach diesen Ergebnissen mußten von den im Bundesgebiet erfaßten 1,9 Mill. alleinstehenden Frauen, für die Angaben über ihr Einkommen vorliegen, 34% mit einem monatlichen Nettoeinkommen von weniger als 200 DM auskommen. Fast genau so viele verfügten über 200 bis unter 300 DM; insgesamt mußten also gut zwei Drittel aller alleinstehenden Frauen mit weniger als 300 DM ihre monatlichen Ausgaben bestreiten.

<sup>1</sup>) siehe *Wirtschaft und Statistik*, Juli 1962

## Aus dem Inhalt

### Wohnbevölkerung nach der Volkszählung Seite 232

Am 6. 6. 1961 wurden im Rahmen der Volkszählung in Schleswig-Holstein 2 316 622 Personen gezählt, die zur Wohnbevölkerung des Landes gehörten. Davon waren 1 092 758 männlichen und 1 223 864 weiblichen Geschlechts. Die Sexualproportion stellt sich damit auf 100 : 112. - Gegenüber der letzten Volkszählung im Jahre 1950 nahm die Bevölkerung Schleswig-Holsteins um 11 % ab. Dies ist in erster Linie auf die Umsiedlung von Vertriebenen in den Jahren 1950 bis 1956 zurückzuführen. - Das für den 6. 6. 1961 festgestellte Fortschreibungsergebnis lag um 0,3 % höher als die ermittelte Einwohnerzahl der Volkszählung. Diese Erscheinung ist hauptsächlich auf die Bestimmungen über die zweite Wohnung in der Wanderungsstatistik zurückzuführen. - In Schleswig-Holstein gab es am Zählungstichtag 119 900 Fälle, in denen Personen über weiteren Wohnraum verfügten. Es handelt sich dabei vor allem um männliche Personen, die hauptsächlich aus beruflichen Gründen über ein möbliertes Zimmer in der Gemeinde verfügen, von der aus sie zur Arbeit oder zur Ausbildung gehen. Oft handelt es sich auch um Familienväter, die an ihrem Arbeitsort noch keine Wohnung gefunden haben und vorläufig von ihrer Familie getrennt in einem möblierten Zimmer leben müssen.

### Kredite und Einlagen 1961

Seite 235

Der Wirtschaft waren bis Ende 1961 insgesamt 4,4 Mrd. DM von schleswig-holsteinischen Kreditinstituten zur Verfügung gestellt worden. Das sind 17 % mehr als am Schluß des Jahres 1960. Während der Zuwachs bei den kurzfristigen Krediten erheblich unter dem Vorjahresergebnis lag, verstärkte sich die Ausdehnung des längerfristigen Volumens. Der Anteil der von schleswig-holsteinischen Banken gegebenen Ausleihungen am westdeutschen Gesamtkreditvolumen stellte sich unverändert auf 3,2 %. - Die Gruppe Industrie, Gewerbe, Handwerk stand 1961 sowohl dem Betrage nach als auch anteilmäßig mit einer Erhöhung ihres Engagements um 256 Mill. DM (+ 19 %) auf 1,6 Mrd. DM wieder an der Spitze der Kreditnehmer. Ihr Anteil am Gesamtvolumen stieg leicht auf 35 %. Die zweitwichtigste Gruppe, Landwirtschaft mit Forst- und Wasserwirtschaft, konnte trotz einer Zunahme um 159 Mill. DM (+ 14 %) auf 1,3 Mrd. DM ihren Anteil nicht behaupten. Auf den Handel entfielen bei einer im Rahmen der Gesamtentwicklung liegenden Kreditbeanspruchung 11 % aller Ausleihungen. Eine überdurchschnitt-

liche Expansion hatte der Wohnungsbau mit 22 %. - Die eigenen Mittel der Kreditinstitute, die neben der übrigen Geldkapitalbildung der Finanzierung der Wirtschaftskredite dienten, konnten 1961 um den Betrag von 25 Mill. DM auf 230 Mill. DM aufgestockt werden. Das Wachstum der gesamten Einlagen von Wirtschaftsunternehmen und Privaten um 251 Mill. DM auf 2,6 Mrd. DM lag in den Grenzen des Vorjahres. Der Spareinlagenüberschuß, der die bedeutendste Form des Aufkommens langfristiger Finanzmittel bei den Kreditinstituten bildet, verminderte sich erneut im abgelaufenen Jahr. Der Grund hierfür ist zum Teil durch Verschiebungen bei der Anlage von Ersparnissen (z. B. Erwerb von VW-Aktien) zu suchen. Von beträchtlichem Einfluß waren die Bewegungen auf den steuer- und prämiengünstigten Sparkonten. Durch Auslaufen der Sperrfristen verminderten sich die steuerbegünstigten Guthaben bis Ende des Jahres um 98 Mill. DM auf einen unbedeutenden Rest von 5 Mill. DM, während die prämiengünstigten Spareinlagen einen Zugang von 34 Mill. DM auf 74 Mill. DM zu verzeichnen hatten.

### Meldepflichtige Krankheiten

Seite 240

In dem Katalog der meldepflichtigen Krankheiten heben sich der Zahl der Fälle nach Scharlach und Keuchhusten besonders heraus. Scharlach wurde 1961 in über 1 000 Fällen gemeldet. Im Jahre davor betrug die Zahl der Erkrankungen fast 1 300. Gemessen an der Bevölkerungszahl ist die Häufigkeit von Scharlacherkrankungen in den letzten Jahren erheblich zurückgegangen. 1954 erkrankten von 100 000 Einwohnern 140 an Scharlach, 1961 infizierten sich nur 45 von 100 000 Personen mit dieser Krankheit. Beim Keuchhusten ist eine entsprechende stetige Abnahme der Erkrankungshäufigkeit nicht nachweisbar, zumal Keuchhusten in Epidemien auftritt. 1961 erkrankten an Keuchhusten 98 von 100 000 Personen. Diphtherie spielt unter den Infektionskrankheiten kaum noch eine Rolle. 1961 wurden in Schleswig-Holstein nur 10 Erkrankungsfälle an Diphtherie ermittelt. An Kinderlähmung erkrankten 1961 in Schleswig-Holstein 192 Personen, nahezu ebensoviele wie im Jahre 1960 (221). Drei Viertel aller Fälle zeigten in beiden Jahren im späteren Verlauf der Krankheit die typischen Lähmungserscheinungen. Unter den Erkrankungen, die besonders den Verdauungstrakt des Menschen befallen, rückte 1961 wieder die Ruhr mit 201 Fällen in den Vordergrund.

## Arbeitsplatzwechsel der Arbeitnehmer Seite 242

Die Vermutung, daß die Arbeitsplätze in der Wirtschaft häufig gewechselt werden und daß sich diese Erscheinung mit dem zunehmenden Mangel an Arbeitskräften verstärkt, hat sich auf Grund der Ergebnisse einer im März 1961 vorgenommenen Repräsentativerhebung nicht bestätigt. Sowohl in den Jahren 1959 und 1960 als auch 1961 überwog in Schleswig-Holstein die Zahl der Arbeitnehmer mit nur einem Arbeitsverhältnis. Der Anteil dieser Arbeitnehmer ist 1961 - verglichen mit 1959 - noch gestiegen, und zwar bei den Männern von 79 auf fast 86 % und bei den Frauen von 83 auf 86 %.

## Öffentliche Verschuldung Seite 243

Ende 1961 erreichte die Verschuldung des Landes 2,5 Mrd. DM, das sind 1 083 DM je Einwohner. An dieser Schuld war das Land mit 72 % beteiligt. Die kommunale Schuld belief sich auf 714 Mill. DM. Sie erhöhte sich in einem Jahr um 15 %.

## Hypotheken 1961 Seite 246

Die von privaten Gläubigern in Schleswig-Holstein neu gewährten Grundpfandrechte haben sich 1961 dem Werte nach um 9 Mill. DM auf 57 Mill. DM erhöht. Sie verteilen sich auf landwirtschaftliche Grundstücke mit 430 Grundpfandrechten im Gesamtwert von beinahe 10 Mill. DM und auf nichtlandwirtschaftliche Grundstücke mit über 2 600 im Werte von 47 Mill. DM. - Das Schiffsbeleihungsgeschäft war 1961 rückläufig. Zwar ist die Zahl der Eintragungen leicht gestiegen, dem Wert nach gingen sie jedoch mit über 8 Mill. DM auf 79 Mill. DM zurück.

## Klassifizierte Straßen Seite 248

Anfang 1962 umfaßte das Netz der klassifizierten Straßen Schleswig-Holsteins 7 349 km. Es war seit April 1959 um 4 % gewachsen. Durch Aufstufung kamen viele Straßen in eine höhere Klasse. So wuchs z. B. die Länge der Bundesstraßen um ein Viertel. Eine beachtliche Verbesserung wurde bei den Decken erzielt. Nur noch 5 % der in der Unterhaltung der Straßenbauämter stehenden Straßen haben leichte

Decken. Einen großen Fortschritt machte auch der Ausbau der Radfahrwege. Vor allem wurden die Bundesstraßen berücksichtigt. Ein Viertel ihrer Länge ist jetzt mit Radfahrwegen versehen.

## Verkehr der Bundesbahn Seite 248

In den drei Jahren 1959 bis 1961 hat sich die Höhe der Betriebsleistungen der Deutschen Bundesbahn nur unwesentlich verändert. Die Zahl der im Bundesgebiet geleisteten Zugkilometer sank geringfügig von 566 auf 565 Millionen; die Zahl der gefahrenen Achskilometer nahm im gleichen Zeitraum von 20,6 auf 21,6 Milliarden zu.

## Ausländer 1961 Seite 249

In Schleswig-Holstein waren Ende 1961 16 300 Ausländer polizeilich gemeldet. Den größten Anteil stellten die Dänen mit 2 300 Personen, es folgen die Polen mit 1 700 und die Italiener mit 1 200 Personen. - Die Zahl der Ausländer ist seit Ende 1960 um rund 2 500 Personen gestiegen, das sind 18 %. Diese Zunahme ist in erster Linie auf die Beschäftigung von Gastarbeitern zurückzuführen.

## Preise landwirtschaftlicher Betriebsmittel Seite 250

Die Güter, die die landwirtschaftlichen Betriebe für die Erzeugung ihrer Produkte kaufen müssen, haben sich von 1950/51 bis 1959/60 durchschnittlich um 28 % verteuert. Der langjährige Preisanstieg hat sich auch im Wirtschaftsjahr 1960/61 fortgesetzt. Im Vergleich zu 1959/60 erhöhten sich die Preise der landwirtschaftlichen Betriebsmittel im Schnitt um 1,6 %. Dabei veränderten sich die Preise in den einzelnen Warengruppen ziemlich unterschiedlich. Futtermittel, Saatgut, Pflanzenschutzmittel sowie Brenn- und Treibstoffe sind im letzten Wirtschaftsjahr billiger geworden. Alle anderen Betriebsmittel wurden teurer.

## Baumschulen 1961 Seite 251

In den Baumschulen Schleswig-Holsteins gab es 1961 weniger Obstgehölze und Obstunterlagen, mehr Ziergehölze für Gärten, Parks und Straßen und mehr Rosen als 1960. Dagegen waren die Bestände an Rosenunterlagen etwas kleiner als im Vorjahr.

Erläuterungen siehe Seite 252

# Die Wohnbevölkerung in Schleswig-Holstein

Ergebnisse der Volkszählung am 6.6.1961

Im Rahmen der Volks- und Berufszählung, die am 6. 6. 1961 in der Bundesrepublik stattfand, wurde an Hand der Eintragungen in den Haushalts- und Anstaltslisten die Wohnbevölkerung Schleswig-Holsteins manuell ausgezählt. Die hierbei festgestellten Bevölkerungszahlen sind jedoch nur als vorläufige Ergebnisse anzusehen, die sich im Verlauf der weiteren Aufbereitung noch geringfügig ändern können. Ihre genauere Kommentierung und die Darstellung der Bevölkerungsentwicklung in Schleswig-Holstein seit 1939 ist für das Monatsheft des Oktober 1962 vorgesehen.

Am 6.6.1961 wurden in Schleswig-Holstein 2 316 622 Personen gezählt, die zur Wohnbevölkerung des Landes gehörten; davon waren 1 092 758 männlichen und 1 223 864 weiblichen Geschlechts. Danach entfallen in Schleswig-Holstein auf 100 Männer 112 Frauen, so daß nach wie vor ein erheblicher Frauenüberschuß zu verzeichnen ist, der jedoch im wesentlichen bei den über 35jährigen liegt. Die Geschlechterproportion hat sich damit innerhalb der letzten fünf Jahre nicht wesentlich geändert. Gegenüber der letzten Volkszählung im Jahre 1950 nahm die Bevölkerung Schleswig-Holsteins um rund 278 000 Personen oder 11% ab; dies ist in erster Linie auf die Umsiedlung von Vertriebenen in den Jahren 1950 bis 1956 zurückzuführen. Von 1956 an ist jedoch wieder ein Ansteigen der Bevölkerung festzustellen, eine Entwicklung, die im nächsten Teil dieses Aufsatzes noch ausführlicher behandelt werden wird.

Bei den im Rahmen der Volkszählung ermittelten Zahlen handelt es sich um die "Wohnbevölkerung" und nicht um die wohnberechtigte Bevölkerung der einzelnen Gemeinden. Die Wohnbevölkerung wurde nach bundeseinheitlichen Richtlinien festgestellt; danach zählten zur Wohnbevölkerung einer Gemeinde:

1. Personen, die am Zählungstichtag ihre einzige Wohnung in der Zählgemeinde hatten.
2. Personen mit einer weiteren Wohnung in einer anderen Gemeinde, die aber von der Zählgemeinde zur Arbeit oder Ausbildung gingen bzw. sich vorwiegend in der Zählgemeinde aufhielten.

Die wohnberechtigte Bevölkerung umfaßt dagegen zusätzlich noch die Personen, die über weiteren Wohnraum in einer anderen Gemeinde verfügen und von dort zur Arbeit oder Ausbildung gehen. Daraus resultiert, daß die Zahl der wohnberechtigten Bevölkerung in der Regel höher liegt als die Wohnbevölkerungszahl. Um die Zuordnung zur Wohnbevölkerung vollziehen zu können, wurde in der Haushaltsliste der weitere Wohnraum erfragt; des weiteren war hier einzutragen, ob der Befragte von dort zur Arbeit gehe bzw. sich überwiegend dort aufhalte.

## Vergleich mit der Fortschreibung

Volkszählungen können wegen der damit verbundenen Kosten und der organisatorischen Schwierigkeiten nur in größeren Zeitabständen durchgeführt werden, so daß normalerweise nur zu den Zeitpunkten von Volkszählungen Bevölkerungszahlen anfallen würden. Da diese aber von erheblicher Bedeutung für verschiedene Verwaltungszwecke sind, wie z.B. für den Finanzausgleich, für die Wahlen und neuerdings auch für die Berechnung des Wohnungsdefizits im Rahmen der Überlegungen zur Aufhebung der Wohnraumbewirtschaftung, werden sie auf Grund von amtlichen Meldungen über Zu- und Fortzüge sowie Geburten und Sterbefälle laufend festgestellt oder - wie es in der Fachsprache heißt - "fortgeschrieben".

Das für den Zählungstichtag, den 6.6.1961, festgestellte Fortschreibungsergebnis lag um 0,3% (rund 6 600 Personen) höher als die ermittelte vorläufige Einwohnerzahl der Volkszählung. Diese Erscheinung, die in nahezu allen Bundesländern registriert wurde, ist in erster Linie auf die Bestimmungen über die 2. Wohnung in der Wanderungsstatistik zurückzuführen. Die Anmeldungen für eine 2. Wohnung werden im Zuzugsland erfaßt und im Herkunftsland als Fortzüge abgebucht. Gibt eine Person ihre 2. Wohnung auf und kehrt zur Hauptwohnung zurück, so kann dieser Wanderungsfall nur dann erfaßt werden, wenn ein Abmeldeschein für die 2. Wohnung ausgeschrieben wird und dieser als Fortzug von einer 2. Wohnung zur Hauptwohnung registriert wird. Erfahrungsgemäß unterbleibt in diesen Fällen oft die Abmeldung für die 2. Wohnung, da eine Wiederanmeldung für die Hauptwohnung nicht erforderlich ist. Daher ist es möglich, daß in vielen Gemeinden die fortgeschriebene Wohnbevölkerungszahl deshalb überhöht ist, weil Personen, die ihre 2. Wohnung aufgegeben haben, sich dort nicht abgemeldet haben und noch in der fortgeschriebenen Wohnbevölkerungszahl dieser Gemeinden enthalten sind.

Zum größten Teil ergaben sich diese Differenzen in Gemeinden, in denen Einheiten der Bundeswehr stationiert waren. Dies rührt daher, daß Zeit- und Berufssoldaten meldepflichtig sind und damit in der Fortschreibung registriert werden müssen, wogegen Wehrdienstpflichtige nicht meldepflichtig sind und damit auch nicht in der Fortschreibung enthalten sind. Diese unterschiedliche Behandlung der Soldaten überhaupt sowie kurzfristige Versetzungen von Bundeswehrangehörigen sind häufige Fehlerquellen in Bundeswehrstandorten. So ergaben

Tab. 1

Die Wohnbevölkerung in den Kreisen Schleswig-Holsteins am 6. 6. 1961

Kreisfreie Stadt Landkreis	Volkszählung am 6. 6. 1961 (vorläufiges Ergebnis)								
	Wohnbevölkerung						außerdem		
	ins- gesamt	davon		darunter Personen mit weiterem Wohnraum			Personen, die anderswo zur Wohnbevölkerung gehören		
		männlich	weiblich	ins- gesamt	männlich	weiblich	ins- gesamt	männlich	weiblich
Flensburg	98 526	46 099	52 427	2 290	1 120	1 170	2 860	1 872	988
Kiel	273 277	128 484	144 793	10 057	6 041	4 016	6 855	4 640	2 215
Lübeck	234 643	107 371	127 272	4 350	2 397	1 953	5 395	3 461	1 934
Neumünster	75 072	35 109	39 963	1 778	1 189	589	2 030	1 312	718
Eckernförde	63 487	30 569	32 918	1 305	891	414	2 139	1 381	758
Eiderstedt	19 095	8 852	10 243	959	473	486	896	517	379
Eutin	89 035	40 903	48 132	2 063	932	1 131	3 262	1 968	1 294
Flensburg-Land	63 319	31 106	32 213	1 178	466	712	1 878	1 117	761
Hzgt. Lauenburg	130 453	61 634	68 819	1 994	1 005	989	3 865	2 352	1 513
Husum	62 949	30 439	32 510	672	319	353	2 017	1 252	765
Norderdithmarschen	57 154	26 488	30 666	1 160	508	652	2 221	1 385	836
Oldenburg (Holstein)	79 539	38 255	41 284	3 017	1 397	1 620	3 367	2 048	1 319
Pinneberg	214 473	102 400	112 073	3 783	2 074	1 709	3 437	2 200	1 237
Plön	109 029	52 302	56 727	1 753	952	801	3 578	2 103	1 475
Rendsburg	157 953	74 993	82 960	2 755	1 474	1 281	4 580	2 851	1 729
Schleswig	97 784	46 310	51 474	4 081	1 756	2 325	3 269	2 036	1 233
Segeberg	94 249	44 717	49 532	2 254	1 039	1 215	2 587	1 589	998
Steinburg	121 752	56 917	64 835	1 912	940	972	3 528	2 192	1 336
Stormarn	143 638	68 091	75 547	2 918	1 526	1 392	2 899	1 784	1 115
Süderdithmarschen	71 789	33 920	37 869	900	500	400	2 682	1 652	1 030
Südtondern	59 406	27 799	31 607	3 151	1 018	2 133	2 250	1 277	973
Schleswig-Holstein	2 316 622	1 092 758	1 223 864	54 330	28 017	26 313	65 595	40 989	24 606

sich gerade für die Garnisonstädte zum Teil erhebliche Abweichungen zwischen der Bevölkerungszahl aus der Fortschreibung und der auf Grund der Volkszählung ermittelten.

Derartige Differenzen der Bevölkerungszahlen werden sich nie ganz vermeiden lassen, so daß hier die Volkszählungsergebnisse auch dazu dienen, die fortgeschriebene Wohnbevölkerungszahl zu berichtigen.

#### Personen mit weiterem Wohnraum

In Schleswig-Holstein gab es am Zählungstichstag 119 900 Fälle, in denen Personen über weiteren Wohnraum verfügten. Aus Tabelle 1 ist ersichtlich, daß es überwiegend männliche Personen sind, die eine weitere Wohnung besitzen. Diese Erscheinung ist in erster Linie durch die größere Mobilität der männlichen Arbeitskräfte bedingt, die häufig aus beruflichen Gründen über ein möbliertes Zimmer in der Gemeinde verfügen, von der aus sie zur Arbeit oder zur Ausbildung gehen. Des weiteren handelt es sich hier auch oft um Familienväter, die an ihrem Arbeitsort noch keine Wohnung gefunden haben und vorläufig von ihrer Familie getrennt in einem möblierten Zimmer leben müssen. Bei diesen Personen war die Entscheidung zu treffen, ob sie in der Gemeinde, wo sie in der Haushaltsliste aufgeführt waren, zur Wohnbevölkerung gezählt werden mußten,

oder ob sie in der Gemeinde, in der sich ihr weiterer Wohnraum befand, zu erfassen waren.

So ergaben sich bei den Personen mit weiterem Wohnraum zwei Kategorien:

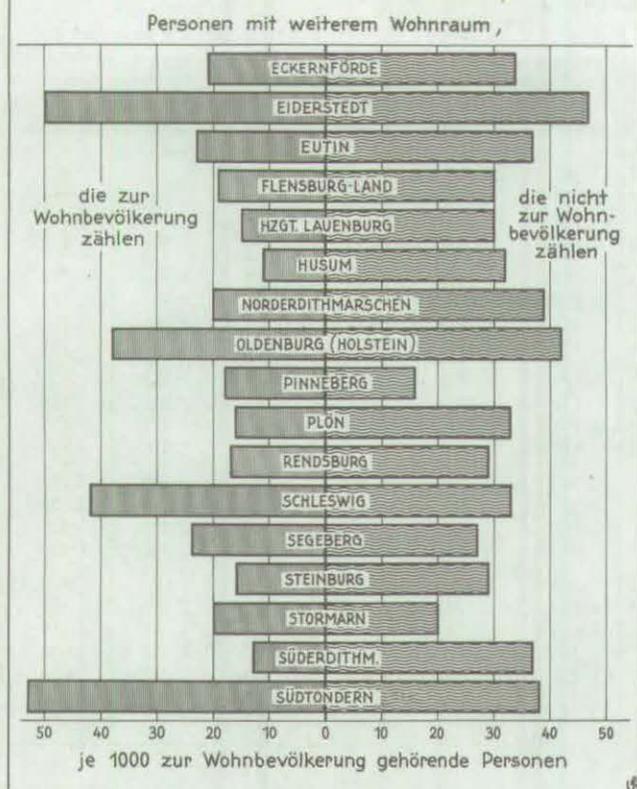
a) Personen mit weiterem Wohnraum, die in der Zählgemeinde zur Wohnbevölkerung gehören. Das sind Personen, die zwar über einen weiteren Wohnraum verfügen, die aber in der Zählgemeinde ihrer Erwerbstätigkeit nachgehen oder sich in Ausbildung befinden. Beispiele hierfür sind: Personal in Kur- und Badeorten, Berufs- und Zeitsoldaten und Studenten, die an ihrem Studienort leben. Dieser Personenkreis umfaßte in Schleswig-Holstein 54 300 Personen.

b) Personen mit weiterem Wohnraum, die anderswo zur Wohnbevölkerung gehören. Hier handelt es sich um Personen, die noch einen weiteren Wohnraum in einer anderen Gemeinde haben und von dort zur Arbeit oder Ausbildung gehen. Zu dieser Kategorie zählt beispielsweise derjenige, der in einer anderen Gemeinde bessere berufliche Möglichkeiten hat, dort ein möbliertes Zimmer mietet, von dem aus er zur Arbeit geht. Diese Gruppe umfaßt in Schleswig-Holstein 65 600 Personen.

Wie aus der folgenden Graphik ersichtlich, ist der Anteil der Personen mit weiterem Wohnraum bezogen auf die Wohnbevölkerung

*das sind zum Teil die gleichen Personen*

### ANTEIL DER PERSONEN MIT WEITEREM WOHNRAUM IN DEN LANDKREISEN AM 6. JUNI 1961



kreisweise sehr verschieden, besonders aber, wenn man die zur Wohnbevölkerung gehörenden Personen unterscheidet.

Bei den zur Wohnbevölkerung gehörenden Personen mit weiterem Wohnraum sind es vor allem die Landkreise Eiderstedt, Schleswig und Südtondern, in denen der Anteil dieser Personen an der Wohnbevölkerung besonders groß ist. Im Landkreis Eiderstedt sind dies 50 Personen je 1 000 der Wohnbevölkerung, was hier in erster Linie auf die Kindererholungsheime und den Kurbetrieb während der Badesaison in Sankt Peter und Ordning zurückzuführen ist. Im Landkreis Schleswig mit 42 je 1 000 der Wohnbevölkerung lassen das Landeskrankenhaus der Stadt Schleswig und die verschiedenen Bundeswehrstandorte diesen Anteil so hoch sein. In Südtondern mit 53 Personen mit weiterem Wohnraum sind solche deutlichen Schwerpunkte nicht zu finden. Hier handelt es sich um eine große Anzahl kleinerer Badeorte mit Erholungsheimen, Sanatorien und dabei vor allem um Personen von Hotels und Pensionen der Badesaison.

Bei den nicht zur Wohnbevölkerung gehörenden Personen mit weiterem Wohnraum sind es vor allem die Landkreise Eiderstedt mit 47, Oldenburg mit 42 und Norderdithmarschen mit 39 solcher Personen je 1 000 der Wohnbevölkerung. Bei allen Kreisen handelt es sich um industriefern gelegene, so daß viele Personen

in anderen Gemeinden, in denen sie ihren Beruf ausüben, einen weiteren Wohnraum haben.

Die Verhältnisse in den kreisfreien Städten wurden bei der vorstehenden Betrachtungsweise ausser acht gelassen. Sie bedürfen noch einer besonderen Untersuchung.

#### Schleswig-Holstein im Bund

Bezieht man die Wohnbevölkerungszahl auf die zugehörige Gebietsfläche, so entfallen in Schleswig-Holstein im Durchschnitt 148 Personen je qkm. Damit haben die Länder Schleswig-Holstein, Niedersachsen (140 Personen je qkm) und Bayern (135) die niedrigsten Bevölkerungsdichten aller Bundesländer. Betrachtet man bei dieser Berechnung Schleswig-Holstein ohne die kreisfreien Städte, bei denen die Bevölkerungsdichte naturgemäß größer ist (1 859 Personen je qkm), dann ergibt sich für die Landkreise eine Dichte von 107 Personen je qkm.

Tab. 2 Die Wohnbevölkerung in den Ländern des Bundesgebietes am 6. 6. 1961

Land	Bevölkerung in 1000	Bevölkerungsdichte
Schleswig-Holstein	2 317	148
Hamburg	1 832	2 452
Niedersachsen	6 641	140
Bremen	706	1 749
Nordrhein-Westfalen	15 902	468
Hessen	4 814	228
Rheinland-Pfalz	3 417	172
Baden-Württemberg	7 759	217
Bayern	9 514	135
Saarland	1 073	418

#### Begriffe und Methoden

##### Sonderregelungen für die Zuordnung zur Wohnbevölkerung

###### Soldaten

Bei Soldaten wurden die Grundwehrdienstpflichtigen und die Zeit- und Berufssoldaten verschieden gezählt. Grundwehrdienstpflichtige und Soldaten auf Wehrübung zählten zur Wohnbevölkerung der Gemeinde, in der sie z. Z. ihrer Einberufung lebten. Zeit- und Berufssoldaten dagegen wurden, soweit sie in der Kaserne lebten, über Einzelbogen erfasst und soweit sie ausserhalb der Kaserne wohnten, normal über Haushaltslisten gezählt. Die Zeit- und Berufssoldaten gehören im Gegensatz zu den Wehrdienstpflichtigen immer zur Wohnbevölkerung der Garnisongemeinde; das gleiche gilt für Angehörige des Bundesgrenzschutzes und der Bereitschaftspolizei.

###### Häftlinge

Untersuchungshäftlinge zählen zur Wohnbevölkerung ihrer Heimatgemeinde, wogegen Strafgefangene in den Strafanstalten über Einzelbogen erfasst wurden und zur Wohnbevölkerung der Anstaltsgemeinde zählen.

###### Patienten in Krankenhäusern und Heilanstalten

Patienten in Krankenhäusern und Heil- und Pflegeanstalten, die sich dort weniger als 3 Monate aufhalten, zählen zur Wohnbevölkerung ihrer Heimatgemeinde. Bei einer längeren Aufenthaltsdauer zählen sie zur Wohnbevölkerung der Anstaltsgemeinde.

###### Personen auf Schiffen

Personen, die an Bord eines Schiffes leben, zählen zur Wohnbevölkerung der Gemeinde, in der sie eine Wohnung an Land haben.

#### *Personen im Ausland*

*Personen mit weiterem Wohnraum im Ausland zählen zur Wohnbevölkerung ihrer im Bundesgebiet gelegenen Heimatgemeinde.*

#### *Ausländische Streitkräfte*

*Angehörige ausländischer Streitkräfte, diplomatischer und konsularischer Vertretungen gehören einschl. ihrer Familienangehörigen mit zur Wohnbevölkerung.*

#### *Ausländische Arbeitskräfte*

*Ausländische Arbeitskräfte, die in der Bundesrepublik arbeiten, zählen zur Wohnbevölkerung.*

Dipl.-Volksw. Gerhard G. Spielmann

Vergleiche auch: "Die Bevölkerung des Bundesgebietes, Ergebnisse der Volkszählung vom 6. Juni 1961" in *Wirtschaft und Statistik* 1962, S. 249 (Mai)

## Kredite und Einlagen in Schleswig-Holstein im Jahre 1961

- Von Hans Kimmelmeier, Kiel -

### Allgemeines

Das bedeutsamste Ereignis des politisch bewegten Jahres 1961 auf wirtschaftlichem Gebiet war die Aufwertung der Deutschen Mark am 5. März. Daß sie aber auch gleichzeitig der für die konjunkturelle Entwicklung bestimmende Faktor war, läßt sich nicht beweisen und ebenso wenig schlüssig widerlegen, da für die endgültige Beurteilung dieser Entscheidung der bisherige Erfahrungszeitraum noch zu kurz sein dürfte. Zum Zeitpunkt der Aufwertung waren bereits Kräfte wirksam geworden, die einen dämpfenden Einfluß auf das wirtschaftliche Geschehen in der Bundesrepublik ausübten. Andererseits steht außer Zweifel, daß die Heraufsetzung des Kurswertes der Deutschen Mark gegenüber dem Ausland ihre Wirkung auf die Haltung der Unternehmer nicht verfehlte und auf diese Weise zur Entspannung der konjunkturellen Situation beitrug. Auswirkungen dieses Eingriffes sind auf den verschiedensten Gebieten spürbar zutage getreten. Es erscheint zur Zeit nicht zweckmäßig und wenig sinnvoll, sich mit diesen Einflüssen eingehender zu befassen, da die wirtschaftliche und konjunkturelle Situation sich um die Jahreswende 1961/62 zunehmend nach anderen Blickpunkten zu orientieren begann. Es sei an die gewandelte Konstellation auf den europäischen Märkten, vornehmlich an die beabsichtigte Einbeziehung des Vereinigten Königreichs in die EWG erinnert sowie an die strukturellen Umschichtungen im Produktionsgefüge und die Lagerzyklen unserer Volkswirtschaft, die nicht von jedem Wirtschaftszweig ohne Schwierigkeiten gemeistert werden können.

Im ganzen gesehen brachte das Jahr 1961 trotz der weiter vorhandenen Engpässe für die Bundesrepublik auf wirtschaftlichem Gebiet neue beachtliche Erfolge, die durch ein weiteres Ansteigen des Sozialprodukts (nominell + 10%) und des Lebensstandards sowie durch eine

verstärkte internationale Zusammenarbeit gekennzeichnet waren.

Das wirtschaftliche Wachstum in Westdeutschland wird sich künftig in Bahnen vollziehen, in denen sich andere hochentwickelte Industriestaaten schon seit langem bewegen, denn die außergewöhnlichen Expansionsmöglichkeiten, die der deutschen Wirtschaft im rückliegenden Jahrzehnt offenstanden und die zielbewußt gefördert und genutzt wurden, sind nunmehr weitgehend erschöpft.

Der Wirtschaftsaufbau in Schleswig-Holstein, der nach dem Zusammenbruch eingeleitet und nach der Währungsreform in verstärktem Umfang fortgesetzt wurde, hat zu beachtlichen Resultaten geführt und ist noch nicht abgeschlossen. Die Expansion in der Bundesrepublik erreichte die Randzonen und auch unser Land schneller als erwartet und wird sich wahrscheinlich im Zuge der EWG-Bestrebungen weiter verstärken.

Die besonderen Strukturprobleme Schleswig-Holsteins, das die Nahtstelle zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und den nordischen Partnern der EFTA bildet, stellen die Wirtschaft vor nicht leichte Entscheidungen. In früheren Berichten wurde bereits auf ihre unausgeglichene Struktur hingewiesen. Erschwerend tritt hinzu, daß außenwirtschaftlich die Industrie durch die kostenbedingten Preissteigerungen ihren Wettbewerbsvorsprung fast ganz eingebüßt hat. In diesem Teil der Wirtschaft dominiert die exportintensive, vor allem auf den Absatz in die skandinavischen Staaten ausgerichtete Werftindustrie. Daß akute Schwierigkeiten durch plötzliche Umstellungen eintreten können, zeigte die DM-Aufwertung. Dieser währungspolitische Eingriff deckte hier schlagartig die Wettbewerbsnachteile des westdeutschen Schiffbaus gegenüber der übrigen

europäischen Werftindustrie auf, die in erheblichem Umfang staatliche Subventionen erhält. Um der aus dieser Entwicklung für den Bestand dieses wichtigen Industriezweiges bedrohlichen Situation zu begegnen, wurden von der Bundesregierung für die Küstenländer einige begrenzte Hilfsmaßnahmen eingeleitet, die sich in der Zwischenzeit spürbar auszuwirken begannen. Die Werften Schleswig-Holsteins standen in lebhaften Auftragsverhandlungen, bei denen die Hilfen des Bundes eine ausschlaggebende Rolle spielten. Sie sind zum überwiegenden Teil mit Erfolg beendet worden.

Die Landwirtschaft, die stärker als in anderen Bundesländern das Wirtschaftsbild bestimmt, konnte ihre Position nicht verbessern. Die Ursache ist im wesentlichen in der ungünstigen Witterung während der Erntezeit zu suchen, die z. B. 1960 Schäden von mehr als 100 Mill. DM verursachte, die als Hypothek in das neue Wirtschaftsjahr übernommen werden mußten. Auch die Sturmflutkatastrophe im Februar d. J. hat die Ausgangsposition der Landwirtschaft Schleswig-Holsteins für das laufende Jahr verschlechtert. Neben diese wetterbedingten Probleme treten die schwerwiegenden Entscheidungen, die der Landwirtschaft die Anpassung an die Agrarpolitik der EWG ermöglichen sollen.

#### Die Kredite an Wirtschaftsunternehmen und Private

Die vielfältigen Aufgaben, die die Wirtschaft des Landes zu bewältigen hatte, spiegelten sich auch in der Tätigkeit der Kreditinstitute.

Die Zahlen für die folgende Darstellung wurden - wie bisher - den regelmäßigen statistischen Erhebungen der Deutschen Bundesbank entnommen. Hierbei ist jedoch zu berücksichtigen, daß sie - selbst nach Ergänzung durch die Daten der nicht zur Berichterstattung herangezogenen Institute - den Umfang der an die heimische Wirtschaft gewährten Kredite und ihrer Einlagen bei den Kreditinstituten nicht vollständig wiedergeben. So konnten Kredite, die von Banken außerhalb Schleswig-Holsteins unmittelbar an im Land ansässige Unternehmen gegeben, sowie Einlagen, die bei auswärtigen Instituten unterhalten wurden, nicht erfaßt werden.

Umgekehrt sind in den beigegeführten Tabellen Kredite und Einlagen von Kunden aus anderen Bundesländern enthalten. Insofern kann die nachstehende Untersuchung keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben; sie gibt aber der Tendenz nach ein richtiges und, soweit es sich um in Schleswig-Holstein ansässige Kreditinstitute handelt, ein relativ genaues Bild der Kredit- und Geldlage bei den Banken.

Der Wirtschaft waren bis Ende des Jahres insgesamt 4,4 Mrd. DM von schleswig-holsteini-

schen Instituten zur Verfügung gestellt worden, d. s. über 600 Mill. DM mehr (+ 17%) als am Schluß des Vorjahres. Während der Zuwachs bei den kurzfristigen Krediten erheblich unter dem vorjährigen Ergebnis lag, verstärkte sich die Ausdehnung des längerfristigen Volumens. Die Spannungen am Kapitalmarkt, die 1960 die Expansion behinderten, hatten sich gemildert. Das Aufkommen längerfristiger Mittel - sei es durch die Entwicklung der Sparguthaben, sei es durch die Erlöse aus dem Absatz von Rentenwerten sowie durch Dotierungen aus öffentlichen Haushalten - zeigte wieder eine steigende Tendenz.

Tab. 1 Die gesamten Wirtschaftskredite (kurz- und längerfristig)

Stand am Ende des Jahres	Schleswig-Holstein			Bundesgebiet <sup>1</sup> einschl. Berlin (West)	
	Mill. DM	Zunahme geg. dem Vorjahr in %	in % des Bundesgebietes	Mill. DM	Zunahme geg. dem Vorjahr in %
1958	2 791	+ 15,0	3,2	86 315	+ 10,1
1959	3 264	+ 16,9	3,2	101 881	+ 18,0
1960	3 801	+ 16,5	3,2	117 122	+ 15,0
1961	4 447	+ 17,0	3,2	136 878	+ 16,9

1) ab 1959 einschl. Saarland

Der Anteil der von schleswig-holsteinischen Banken gegebenen Ausleihungen am westdeutschen Gesamtkreditvolumen stellte sich unverändert auf 3,2%. Die in den Zahlen der Tabellen 1 bis 3 enthaltenen Teilzahlungskredite aller Bankengruppen stiegen in Schleswig-Holstein um 15 Mill. DM (+ 14%) auf 121 Mill. DM und die Kleinkredite ebenfalls um 15 Mill. DM (+ 40%) auf 53 Mill. DM. Im Bund ergaben sich für beide Kreditarten Zuwachsraten von 12% bzw. 23%. Die bereits 1960 beobachtete Verlagerung vom traditionellen Teilzahlungskredit auf den Kleinkredit hat sich also im Berichtsjahr fortgesetzt.

#### Die kurzfristigen Kredite

Mit einem Gesamtbetrag von 1,4 Mrd. DM hatte die Wirtschaft des Landes 166 Mill. DM mehr an Kurzkrediten beansprucht als Ende 1960; die Zunahme, die im Vorjahr 22% betragen hatte, lag mit 13% wesentlich niedriger. Beeinflußt wurde die geringere Ausdehnung des Volumens durch die Bedürfnisse des Handels und der Landwirtschaft, der zwar in der 1. Hälfte des Jahres beträchtliche Kredite zugeflossen waren, die aber nach einer Spitze in der Jahresmitte, die für diesen Wirtschaftszweig typisch ist, bis Ende des Berichtszeitraumes abgebaut wurden. Der saisonale Rhythmus in der Kreditbeanspruchung, der sich in einer kräftigen Erhöhung bis Mitte des Jahres, einem Rückgang bis Ende September und einem neuen leichten Anstieg bis zum Jahresschluß niederschlägt, blieb unverändert.

Tab. 2 Die kurzfristigen Kredite an die Wirtschaft

Stand am Monatsende	Schleswig-Holstein			Bundesgebiet einschl. Berlin (West)		
	Mill. DM	Veränderung in % gegenüber		Mill. DM	Veränderung in % gegenüber	
		Vor- termin	Vor- jahrs- ende		Vor- termin	Vor- jahrs- ende
1960 Dez.	1 259	+ 5,6	+ 22,0	41 002	+ 4,4	+ 15,4
1961 März	1 340	+ 6,4	+ 6,4	42 855	+ 4,5	+ 4,5
Juni	1 454	+ 8,5	+ 15,5	45 135	+ 5,3	+ 10,1
Sept.	1 399	- 3,8	+ 11,1	46 142	+ 2,2	+ 12,5
Dez.	1 425	+ 1,9	+ 13,2	47 268	+ 2,4	+ 15,3

Das von der öffentlichen Hand in Anspruch genommene Engagement, dessen Höhe sich nach den jeweiligen Kassenbedürfnissen richtete, stieg um 5 Mill. DM auf 11 Mill. DM; es ist ebenso wie die Kredite an Kreditinstitute in den Übersichten unberücksichtigt geblieben.

Die Bank-an-Bank-Kredite, unter denen sich 37 Mill. DM Refinanzierungskredite für Teilzahlungsgeschäfte befanden (Ende 1960: 35 Mill. DM), verminderten sich als Folge der Liquiditätsverbesserung der Sparkassen und Kreditgenossenschaften, die im Bedarfsfall auf ihre Spitzeninstitute zurückgreifen, auf 121 Mill. DM (- 13 Mill. DM).

Im Bund erhöhten sich die kurzfristigen Kredite an Wirtschaftsunternehmen und Private um rund 6,3 Mrd. DM = 15%. Die Zuwachsrate lag somit um 2 Punkte über derjenigen Schleswig-Holsteins und war gleich groß wie 1960.

### Die längerfristigen Ausleihungen

Während im Vorjahr infolge der unübersichtlichen Situation am Kapitalmarkt eine gewisse Zurückhaltung in der Verwendung längerfristiger Mittel bemerkbar gewesen war, dehnte sich 1961 das Kreditvolumen sowohl in Schleswig-Holstein als auch im Bund kräftig aus. Die Nachfrage nach Bauleistungen, die hauptsächlich die Spannungen hervorgerufen hatte, hielt unvermindert an, und die Investitionsneigung bekam durch die auf breiter Front einsetzende Besserung des Marktklimas neue Impulse. Am

Tab. 3 Die längerfristigen Ausleihungen an die Wirtschaft

Stand am Monatsende	Schleswig-Holstein			Bundesgebiet einschl. Berlin (West)		
	Mill. DM	Veränderung in % gegenüber		Mill. DM	Veränderung in % gegenüber	
		Vor- termin	Vor- jahrs- ende		Vor- termin	Vor- jahrs- ende
1960 Dez.	2 542	+ 4,0	+ 13,9	76 121	+ 3,7	+ 14,7
1961 März	2 660	+ 4,6	+ 4,6	78 638	+ 3,3	+ 3,3
Juni	2 766	+ 4,0	+ 8,8	81 807	+ 4,0	+ 7,5
Sept.	2 911	+ 5,3	+ 14,5	85 731	+ 4,8	+ 12,6
Dez.	3 022	+ 3,8	+ 18,9	89 609	+ 4,5	+ 17,7

Jahresende stellten sich die längerfristigen Ausleihungen an die Wirtschaft auf insgesamt 3,0 Mrd. DM (+ 480 Mill. DM = 19%).

Die unterschiedliche Struktur der Kreditgewährung durch die Bankengruppen war im längerfristigen Geschäft kaum verändert. Die traditionellen Hauptträger dieses Geschäftszweiges, die Girozentrale, die Sparkassen und die Real-kreditinstitute, hatten 83% ihrer Wirtschaftskredite längerfristig herausgelegt (Ende 1960: 81%); die anderen Bankengruppen standen entsprechend ihren Aufgaben überwiegend im Kurzkreditgeschäft, dessen Anteil bei ihnen 65% des gesamten Kreditvolumens der Wirtschaft ausmachte.

Öffentlichen Stellen waren bis Ende des Jahres 1961 484 Mill. DM (längerfristig) zur Verfügung gestellt worden (1960: 405 Mill. DM). Von diesem Betrag entfielen allein auf Kreise, Städte, Gemeinden und Gemeindeverbände 392 Mill. DM, die für die Erfüllung öffentlicher Aufgaben benötigt wurden (1960: 321 Mill. DM).

Kreditinstitute hatten 336 Mill. DM in Anspruch genommen (1960: 283 Mill. DM). Daran waren die Sparkassen und ländlichen Kreditgenossenschaften mit 301 Mill. DM beteiligt, die sie über ihre Zentralinstitute erhalten hatten (1960: 254 Mill. DM).

Im Bund lag die Ausdehnung der längerfristigen Ausleihungen an Wirtschaft und Private mit rund 18% unter dem Ergebnis Schleswig-Holsteins.

### Die Verteilung der Kredite auf die Wirtschaftszweige

Um für die Verteilung der Kredite auf die Wirtschaftszweige und für ihre Verwendung ein annähernd vollständiges Bild zu erhalten, wurden die Angaben aus der vierteljährlichen Kreditnehmerstatistik durch die Zahlen der hierzu nicht herangezogenen kleineren Institute, die vornehmlich in ländlichen Bezirken ansässig sind, ergänzt. Es handelte sich bei diesen zusätzlich erfaßten Summen fast ausschließlich um Kredite, die der Landwirtschaft und den ihr eng verbundenen Branchen gewährt und daher diesem Wirtschaftszweig zugeordnet wurden.

Die Gruppe Industrie, Gewerbe, Handwerk stand 1961 sowohl dem Betrage nach als auch anteilmäßig mit einer Erhöhung ihres Engagements um 256 Mill. DM (+ 19%) auf 1,6 Mrd. DM wieder an der Spitze der Kreditnehmer. Ihr Anteil am Gesamtvolumen stieg leicht auf 35%. Die zweitwichtigste Gruppe, Landwirtschaft mit Forst- und Wasserwirtschaft, die neben der Industrie weitgehend das Wirtschaftsbild unseres Landes bestimmt, konnte trotz einer absoluten Zunahme um 159 Mill. DM (+ 14%) auf

Tab. 4

Die Entwicklung der gesamten Bankkredite in Schleswig-Holstein  
an die einzelnen Wirtschaftszweige

Wirtschaftszweig, Verwendungszweck	Ende 1960		Ende Juni 1961			Ende 1961		
	Mill. DM	%	Mill. DM	%	Veränderung im 1. Hj. in %	Mill. DM	%	Veränderung im 2. Hj. in %
Wohnungsbau	610	15,5	666	15,2	+ 9,2	745	16,2	+ 11,9
Industrie, Gewerbe, Handwerk	1 342	34,0	1 486	33,9	+ 10,7	1 598	34,7	+ 7,5
Land-, Forst-, Wasserwirtschaft	1 122	28,5	1 290	29,4	+ 15,0	1 281	27,8	- 0,7
Handel	449	11,4	482	11,0	+ 7,3	501	10,9	+ 3,9
Teilzahlungskredite	106	2,7	120	2,7	+ 13,2	121	2,6	+ 0,8
Sonstige Wirtschaftszweige und private Kredite <sup>1</sup>	313 <sup>a</sup>	7,9	344 <sup>a</sup>	7,8	+ 9,9	362 <sup>a</sup>	7,8	+ 5,2
Insgesamt	3 942	100	4 388	100	+ 11,3	4 608	100	+ 5,0

1) Fremdenverkehr, Verkehrsunternehmen, Straßen-, Hafens-, Brückenbau sowie nicht aufgliederbare Zweige a) darin enthaltene Kleinkredite:  
Ende 1960 38 Mill. DM; Ende Juni 1961 45 Mill. DM; Ende 1961 53 Mill. DM

1,3 Mrd. DM ihren Anteil nicht behaupten. Diese Entwicklung ist daraus zu erklären, daß das kurzfristige Engagement im 2. Halbjahr kräftig abgebaut werden konnte, weil der Landwirtschaft aus dem "Grünen Plan" und für Ernteschäden namhafte längerfristige Mittel zugeflossen waren. Auf den Handel entfielen bei einer im Rahmen der Gesamtentwicklung liegenden Kreditbeanspruchung 11% aller Ausleihungen. Auf die Teilzahlungskredite, die in zunehmendem Maße zur Beschaffung langlebiger Güter verwendet wurden, und die Kleinkredite wurde bereits eingangs hingewiesen. Eine überdurchschnittliche Expansion hatte der Wohnungsbau mit + 22% für das ganze Jahr (1960: + 28%).

Interessant ist in diesem Zusammenhang, in welchem Umfang die einzelnen Bankengruppen als Geldgeber für das gesamte Kreditvolumen aufgetreten waren (in Klammern: 1960):

Großbanken	9,1 %	( 8,5 %)
Regionalbanken und Privatbankiers	9,1 %	( 9,4 %)
Realkreditinstitute	10,8 %	(10,7 %)
Girozentrale und Sparkassen	56 %	(56,2 %)
Ländliche Zentralkasse und Raiffeisenkassen	6,9 %	( 7,2 %)
Volksbanken	4,6 %	( 4,6 %)
Sonderinstitute	1,6 %	( 1,6 %)
Teilzahlungsinstitute	1,8 %	( 1,8 %)

Gegenüber dem Vorjahr hat sich die Expansionskurve der Kurzkredite abgeflacht. Der Gesamtbetrag stieg 1961 um 174 Mill. DM = 13% auf 1,5 Mrd. DM (1960: + 247 Mill. DM). Der Schwerpunkt lag für alle Kreditnehmergruppen im 1. Halbjahr. Die größte Ausdehnung hatten die Industriekredite mit 76 Mill. DM auf 456 Mill. DM zu verzeichnen (1960: + 68 Mill. DM). Hier dürfte der angestiegene Betriebsmittelbedarf vor allem aus der ungünstiger gewordenen Konkurrenzsituation der Wertindustrie sowie aus gestiegenen Personalkosten seinen Niederschlag gefunden haben. Die Landwirtschaftskredite wiesen im Berichtsjahr größere Ausschläge als 1960 auf. Bis zur Mitte des Jahres nahmen sie kräftig um 102 Mill. DM zu, er-

mäßigten sich dann aber wieder um 58 Mill. DM auf 484 Mill. DM. Die Zuwachsrate betrug etwa 10% (1960: + 12%). Dieses Bild ergab sich vor allem durch das für die Gräserwirtschaft günstige Ergebnis.

Für den Außenhandel hatte das Kreditgewerbe insgesamt 102 Mill. DM zur Verfügung gestellt (1960: 46 Mill. DM); hiervon entfielen 26 Mill. DM auf die Finanzierung von Einfuhren (1960: 30 Mill. DM), während für die Durchführung von Exportgeschäften 76 Mill. DM benötigt wurden (1960: 15 Mill. DM). Die Erhöhung der Ausfuhrkredite um 61 Mill. DM betraf fast ausschließlich den Schiffbau (+ 59 Mill. DM) und ist wohl aus der Veränderung der Zahlungsmodalitäten, die in der Wettbewerbslage gegenüber ausländischen Werften begründet ist, zu erklären. Der Anteil der Außenhandelskredite am kurzfristigen Kreditvolumen stellte sich Ende 1961 auf 7% (1960: 3%).

Das Wachstum der längerfristigen Ausleihungen an die Wirtschaft war 1961 mit einer Ausweitung um 492 Mill. DM = 19% auf 3,1 Mrd. DM wesentlich größer als im Vorjahr (+ 319 Mill. DM = 14%). Diese Entwicklung wurde im besonderen durch die bemerkenswert starke Zunahme der Kredite an die Industrie um 180 Mill. DM (1960: + 61 Mill. DM) sowie durch den längerfristigen Kapitalbedarf des landwirtschaftlichen Sektors, der sich um 116 Mill. DM (1960: + 80 Mill. DM) ausdehnte, gefördert.

Der Bedarf der Industrie war im wesentlichen durch Ausrüstungs- und Rationalisierungsinvestitionen ausgelöst worden. Von dem Zuwachs der Ausleihungen an die Landwirtschaft fanden 60% für Strukturverbesserungen und ländliche Siedlungen Verwendung. Die Zuweisungen an den Wohnungsbau stellten sich - bedingt durch die Hypothekenzusagen - im Berichtszeitraum auf 128 Mill. DM (1960: 107 Mill. DM). Für die Entwicklung des Gesamtvolumens waren die Veränderungen der Engagements der restlichen Kreditnehmergruppen dem Betrag nach von untergeordneter Bedeutung.

Die Mittel zur Finanzierung der Kredite

Die eigenen Mittel der Kreditinstitute (ohne Haftsummenzuschlag der Kreditgenossenschaften), die neben der übrigen Geldkapitalbildung der Finanzierung der Wirtschaftskredite dienten, konnten 1961 um den ansehnlichen Betrag von 25 Mill. DM auf 230 Mill. DM aufgestockt werden (1960: + 30 Mill. DM).

Das Wachstum der gesamten Einlagen von Wirtschaftsunternehmen und Privaten um 251 Mill. DM (= 11%) auf 2,6 Mrd. DM lag in den Grenzen des Vorjahres (+ 256 Mill. DM); relativ blieb die Zunahme um 2 Punkte hinter 1960 zurück. Die Zuwachsrate im Bund lag bei 13% (1960: 12%).

Tab. 5 Die Gesamteinlagen von Wirtschaftsunternehmen und Privaten

Stand am Ende des Jahres	Schleswig-Holstein			Bundesgebiet <sup>1</sup> einschl. Berlin (West)	
	Mill. DM	Zunahme geg. dem Vorjahr in %	in % des Bundesgebietes	Mill. DM	Zunahme geg. dem Vorjahr in %
1958	1 827	+ 12,4	2,8	66 060	+ 17,9
1959	2 125	+ 16,3	2,7	78 561	+ 18,9
1960	2 381	+ 12,0	2,7	88 178	+ 12,2
1961	2 632	+ 10,5	2,6	99 720	+ 13,1

1) ab 1959 einschl. Saarland

Die Entwicklung der Sicht- und Termineinlagen als Ganzes zeigte gegenüber Ende 1960 in Schleswig-Holstein einen Überschuß von 90 Mill. DM = 9% (1960: 59 Mill. DM = 6%). Für das Bundesgebiet stellte sich die Zunahme auf 13%. Bei den Sichteinlagen verlief die Kurve steil nach oben; ihre Erhöhung betrug 138 Mill. DM (1960: 54 Mill. DM). In entgegengesetzter Richtung entwickelten sich die befristeten Guthaben, die im Berichtszeitraum unter stärkeren Schwankungen um 48 Mill. DM abnahmen (1960: + 5 Mill. DM) und somit als Faktor für die Bildung von Geldkapital ausfielen.

Der Spareinlagenüberschuß, der die bedeutendste Form des Aufkommens längerfristiger Fremdmittel bei den Kreditinstituten bildet, verminderte sich erneut im abgelaufenen Jahr. Der Grund hierfür ist nicht in einem Nachlassen der Sparfähigkeit oder Sparneigung, sondern in zum Teil durch besondere Umstände ausgelösten Verschiebungen bei der Anlage von Ersparnissen zu suchen (z. B. Erwerb von VW-Aktien). So ist die Gesamtersparnis der privaten Haushalte, die neben dem Kontensparen auch die Anlage bei Bausparkassen und Versicherungen sowie Wertpapiererwerb umfaßt, 1961 sogar gestiegen. Die Sparquote, die im Vorjahr 8,6% betragen hatte, erhöhte sich leicht auf 8,8%.

Die bei schleswig-holsteinischen Banken unterhaltenen privaten Sparguthaben stiegen um 161 Mill. DM (= 12%) auf 1,6 Mrd. DM (1960:

+ 198 Mill. DM = 16%). Werden die öffentlichen Spareinlagen in die Untersuchung miteinbezogen, dann erhöht sich der Spareinlagenüberschuß auf 188 Mill. DM.

Tab. 6 Die privaten Spareinlagen

Stand am Monatsende	Schleswig-Holstein			Bundesgebiet einschl. Berlin (West)		
	Mill. DM	Veränderung in % gegenüber		Mill. DM	Veränderung in % gegenüber	
		Vortermin	Vorjahrsende		Vortermin	Vorjahrsende
1960 Dez.	1 400	+ 5,3	+ 16,5	49 262	+ 5,9	+ 17,4
1961 März	1 450	+ 3,6	+ 3,6	51 490	+ 4,5	+ 4,5
Juni	1 476	+ 1,8	+ 5,4	52 559	+ 2,1	+ 6,7
Sept.	1 508	+ 2,2	+ 7,7	53 573	+ 1,9	+ 8,8
Dez.	1 561	+ 3,5	+ 11,5	55 767	+ 4,1	+ 13,2

Von beträchtlichem Einfluß waren die Bewegungen auf den steuer- und prämienbegünstigten Sparkonten. Durch Auslaufen der Sperrfrist verminderten sich die steuerbegünstigten Guthaben bis Ende des Jahres um 98 Mill. DM auf einen unbedeutenden Rest von 5 Mill. DM, während die prämienbegünstigten Spareinlagen einen Zugang um 34 Mill. DM auf 74 Mill. DM zu verzeichnen hatten. Per Saldo ermäßigte sich der Umfang beider Kontengruppen um 64 Mill. DM, die, da es sich überwiegend um zweckbestimmte Beträge gehandelt haben dürfte, für den vorbestimmten Zweck wahrscheinlich Verwendung fanden.

Die im Laufe des Jahres fühlbar gewordene Entspannung, bei der die Bundesbank liquiditätspolitisch ausgleichend gewirkt hatte, erlaubte es den Kreditinstituten, ihre Verbindlichkeiten aus der Aufnahme kurzfristiger Mittel abzubauen.

Gegenüber Ende 1960 verminderten sich diese insgesamt um 10 Mill. DM auf 125 Mill. DM; darunter befanden sich 94 Mill. DM aufgenommene Gelder (+ 7 Mill. DM) und 2 Mill. DM Verbindlichkeiten aus dem Umlauf eigener Akzepte und Debitorenziehungen (+ 1 Mill. DM). Die sonstigen Verbindlichkeiten gingen um 18 Mill. DM auf 29 Mill. DM zurück. Ebenso ermäßigte sich das Obligo gegenüber der Bundesbank, das überwiegend aus Rediskontierungen von Wechseln bestand, um 7 Mill. DM; die Refinanzierungsquote sank auf 8,8% (1960: 13,3%).

Die gesamten Liquiditätsreserven, die im Vorjahr um 158 Mill. DM angereichert worden waren, nahmen 1961 nur um 8 Mill. DM auf 1,1 Mrd. DM zu.

Die Barreserve war unter dem Einfluß der Senkung der Mindestreservesätze, die im Februar 1962 wieder den Stand von Oktober 1959 erreicht haben, mit 288 Mill. DM um 34 Mill. DM geringer, und der Bestand der in- und ausländischen Schatzwechsel war durch

Tab. 7 Die Liquiditätsreserven der Kreditinstitute in Schleswig-Holstein (ohne Großbanken)

Stand am Ende des Jahres	Insgesamt	davon				außerdem Nostro-guthaben
		Barreserve <sup>1</sup>	Wechselbestände	Wertpapiere <sup>2</sup>	Schatzwechsel <sup>3</sup>	
1958	761	215	253	256	37	296
1959	932	251	294	356	31	322
1960	1 090	322	375	361	32	372
1961	1 098	288	394	395	21	485

1) Kasse, Postscheck- und Bundesbankguthaben 2) inländische und ausländische Emissionen einschl. Kassensobligationen 3) Schatzwechsel inländischer und ausländischer öffentlicher Stellen

Verfall um 11 Mill. DM auf 21 Mill. DM abgesunken. Die Wechselbestände dagegen, die gegebenenfalls einen Rückgriff auf den Notenbankkredit ermöglichen, erhöhten sich von 375 Mill. DM auf 394 Mill. DM. Auch die Anlage überschüssiger Mittel in Wertpapieren dehnte sich gegenüber dem mageren Ergebnis in 1960 (+ 5 Mill. DM) wieder etwas kräftiger um 34 Mill. DM auf 395 Mill. DM aus. Erwähnt sei noch, daß die Institute Ende 1961 über Nostro-guthaben im Betrage von 485 Mill. DM verfügten.

Erfreulich im ganzen entwickelte sich der Zufluß längerfristiger Mittel, der - wenn auch mit einigen Vorbehalten und Einschränkungen - Rückschlüsse auf eine gewisse Normalisierung der Kapitalmarktsituation gestattet. Während die Verhältnisse im Vorjahr nur eine Ausdehnung der Aufnahme längerfristiger Mittel um 262 Mill. DM zuließen, konnten im Berichtsjahr 356 Mill. DM neu der Finanzierung längerfristiger Vorhaben zugeführt werden. Der Gesamtbetrag der längerfristigen Fremdmittel erreichte somit rund 2,8 Mrd. DM.

Der Erlös aus Emissionen schleswig-holsteinerischer Realkreditinstitute erbrachte eine beachtliche Steigerung um 119 Mill. DM (= 19%)

Tab. 8 Langfristige Mittel in Schleswig-Holstein (mit durchlaufenden Krediten)

Stand am Ende des Jahres	Insgesamt	davon				
		Schuldverschreibungen im Umlauf <sup>1</sup>	Darlehen der Kreditanstalt für Wiederaufbau	Darlehen anderer Kreditinstitute	Darlehen öffentlicher Stellen	Darlehen von privaten Stellen
1958	1 823	390	158	687	439	149
1959	1 152	557	168	781	487	159
1960	2 414	635	187	853	556	183
1961	2 770	754	188	984	638	206

1) ohne eigene Schuldverschreibungen im Bestand

auf 754 Mill. DM (1960: + 78 Mill. DM = 14%). Auch die Darlehen von anderen Kreditinstituten und von öffentlichen Stellen nahmen stärker als 1960 um 131 Mill. DM bzw. 82 Mill. DM zu. Die Mittel, die von der Kreditanstalt für Wiederaufbau stammten, unterlagen in ihrer Inanspruchnahme kaum einer Veränderung. Ebenso fiel die Zunahme der von privater Seite - hauptsächlich von privaten Versicherungsgesellschaften - zur Verfügung gestellten Mittel (+ 23 Mill. DM) weniger ins Gewicht.

Aus einer Gegenüberstellung der gesamten mittel- und langfristigen Ausleihungen (einschließlich der Kredite an die öffentliche Hand und an Kreditinstitute) im Betrage von 3,8 Mrd. DM und der aufgenommenen längerfristigen Mittel ist zu erkennen, daß der Anteil des aus dem Eigengeschäft der Kreditinstitute stammenden Geldkapitals am Volumen der längerfristigen Ausleihungen weiter gestiegen ist. Das Verhältnis der aufgenommenen Fremdmittel mit langer Laufzeit von 4 Jahren und mehr zu den eigenen Mitteln und Einlagen verbesserte sich auf 72 : 28 (1960: 75 : 25).

Vergleiche auch: "Kredite und Einlagen in Schleswig-Holstein im Jahre 1960" in Stat. Monatsh. S.-H. 1961, S. 124 (Juni)

## Meldepflichtige Krankheiten 1960 und 1961

In dem Katalog der meldepflichtigen Krankheiten heben sich nach der Zahl der Fälle Scharlach und Keuchhusten besonders heraus. Scharlach wurde 1961 in über 1 000 Fällen gemeldet. Im Jahr davor betrug die Zahl der Erkrankungen

fast 1 300. Gemessen an der Bevölkerungszahl ist die Häufigkeit von Scharlachkrankungen in den letzten Jahren erheblich zurückgegangen. 1954 erkrankten von 100 000 Einwohnern 140 an Scharlach, 1961 infizierten sich nur 45 von

100 000 Personen mit dieser Krankheit. Diese günstige Entwicklung der Erkrankungsziffer für Scharlach ist unter Umständen auf eine stärkere Durchimpfung der Kinder in den letzten Jahren zurückzuführen.

Beim Keuchhusten ist eine entsprechende stetige Abnahme der Erkrankungshäufigkeit nicht nachweisbar, zumal Keuchhusten in Epidemien auftritt, die von Jahr zu Jahr unterschiedlich hohe Erkrankungsziffern bedingen. 1961 erkrankten an Keuchhusten 98 von 100 000 Personen. Die Erkrankungsziffer liegt damit um gut die Hälfte höher als im Durchschnitt des Bundesgebietes. Lediglich Bayern hatte im vergangenen Jahr mit 108 Erkrankungen je 100 000 Einwohner eine höhere Scharlach-Morbidität.

Neben diesen beiden, vorwiegend Kinder treffenden Krankheiten spielt die Diphtherie unter den Infektionskrankheiten kaum noch eine Rolle. 1961 wurden in Schleswig-Holstein nur zehn Erkrankungsfälle an Diphtherie ermittelt. Auch hier kann es sich um das Ergebnis eines verstärkten Impfschutzes durch Diphtherie-Schutzimpfung, die häufig mit der Scharlach-Impfung kombiniert ist, handeln. Es sei an dieser Stelle darauf hingewiesen, daß im Jahre 1955 noch 207 Personen an Diphtherie erkrankt waren.

Wegen ihres sehr oft lebensgefährlichen Verlaufs rückte die Kinderlähmung im Zusammenhang mit dem ersten Durchgang der Schluckimpfung erneut in den Mittelpunkt des Interesses. Im vergangenen Jahr erkrankten in unserem Land 192 Personen an dieser Krankheit, nahezu ebensoviele wie im Jahre 1960 (221).

Drei Viertel aller Fälle zeigten in beiden Jahren im späteren Verlauf der Krankheit die typischen Lähmungserscheinungen. Von 100 000 Einwohnern erkrankten 1961 acht an Kinderlähmung, im Bundesdurchschnitt waren es neun. Hohe Erkrankungsziffern zeigten 1961 das Saarland mit 22 und Bremen mit 18 Fällen auf 100 000 Einwohner. Im Jahr davor waren besonders Hamburg (15) und Bayern (13) von diesen Infektionen heimgesucht worden. Die Krankheit befiel zur Hauptsache Kinder. Von 100 000 unter 5jährigen wurden 51 Infizierte ärztlich behandelt. Von 100 000 Kindern im Schulalter (5 bis 15 Jahre) erkrankten 16. Angesichts dieser Zahlen sind die Bemühungen verständlich, einen möglichst hohen Impfschutz gegen diese Krankheit zu erreichen. 1961 waren schätzungsweise 6% der Einwohner des Landes nach der Salk-Methode immunisiert. Die Ergebnisse der ersten Schluckimpfung von Mai 1962, an der sich fast die Hälfte der Bevölkerung beteiligt hat, zeigen, daß ein umfassender Impfschutz für die Zukunft zu erwarten ist, wenn die Beteiligung an den weiteren Impfungen gleich-

bleibt. Inwieweit daraus eine nachhaltige Eindämmung der Polio-Erkrankungen oder zumindest ein leichter Verlauf der einzelnen Erkrankungen resultiert, können allerdings erst genauere Untersuchungen an Hand der Erkrankungsmeldungen der nächsten Jahre nachweisen.

Unter den Erkrankungen, die besonders den Verdauungstrakt des Menschen befallen, rückte 1961 wieder die Ruhr in den Vordergrund. Mit 201 Fällen waren die Erkrankungen mehr als doppelt so häufig wie im Vorjahr. Es handelte sich bei diesen Fällen um endemische Infektionen in Kinderheimen und sonstigen Gemeinschaftsunterkünften, die vor allem in den Kreisen Eutin und Schleswig auftraten. Durch diese regionale begrenzte Häufung war die Erkrankungsziffer in Schleswig-Holstein 1961 mit neun Erkrankungen auf 100 000 Einwohner fast doppelt so hoch wie im Bund. Unter den Bundesländern steht, gemessen an der Häufigkeit von Ruhrinfektionen, Schleswig-Holstein für 1961 an zweiter Stelle, wobei aber berücksichtigt werden muß, daß Hamburg, als das Land mit der größten Häufigkeit, dreimal so stark von Ruhrinfektionen betroffen war (27 Erkrankungen je 100 000 Einwohner). Erkrankungen an Unterleibstypus wurden in 73 Fällen gemeldet, an Paratyphus in 109 Fällen.

In 87 Fällen wurde eine bakterielle Lebensmittelvergiftung diagnostiziert. Diese drei Krankheiten zeigen regelmäßig besondere Häufungen in der warmen Jahreszeit, so beim Paratyphus im August 1961 mit 15 Erkrankungen auf 100 000 Einwohner.

Neuerkrankungen an meldepflichtigen Krankheiten  
1960 und 1961

Krankheit	Schleswig-Holstein		Bund (ohne Berlin)	
	1960	1961	1960	1961
	Anzahl		auf 100 000 Einwohner	
Diphtherie	19	10	0,4	2,3
Scharlach	1 289	1 036	44,6	41,7
Keuchhusten	1 586	2 275	97,9	62,5
Übertragbare Genickstarre	39	37	1,6	1,7
" Kinderlähmung	221	192	8,3	8,6
" Gehirnentzündung	14	8	0,3	0,3
Unterleibstypus	90	73	3,1	2,4
Paratyphus	97	109	4,7	4,1
Bang'sche Krankheit	18	9	0,4	0,3
Übertragbare Ruhr	84	201	8,6	4,8
Bakt. Lebensmittelvergiftung	67	87	3,7	5,0
Kindbettfieber	3	-	-	0,2 <sup>a</sup>
Fieberhafte Fehlgeburt	2	1	0,2 <sup>a</sup>	0,2 <sup>a</sup>
Weil'sche Krankheit	2	5	0,2	0,2
Sonstige Leptospirosen	1	-	-	-
Bißverletzung der tollwutverdächtigen Tiere	18	27	1,2	2,1
Trachom	-	2	0,1	0,0
Papageienkrankheit	6	10	0,4	0,4
Malaria	3	2	0,1	0,0
Tularämie	1	-	-	0,0

<sup>a</sup>) bezogen auf die weibl. Einwohner von 15 bis unter 45 Jahren

*Handwritten notes:*  
Krankheit  
wird  
Kopp nach  
keine  
ausgewiesen  
zu  
prüfen!

Von den sogenannten gemeingefährlichen Krankheiten (Cholera, Fleckfieber, Gelbfieber, Lepra, Pest, Pocken) wurde in den letzten Jahren kein Infektionsfall in Schleswig-Holstein bekannt. Lediglich 1957 erkrankte eine Person im Kreise Hzgt. Lauenburg an Fleckfieber. Im Bundesgebiet wurden 1961 vier Erkrankungen an Pocken, zwei Fleckfieberinfektionen und vier Leprafälle gemeldet.

Bißverletzungen durch tollwutverdächtige Tiere wurden 1960 in 18 und 1961 in 27 Fällen angezeigt. Zu einer bestätigten Tollwutinfektion ist es bisher aber in keinem Fall gekommen. Hinsichtlich der regionalen Verteilung der Fälle ist gegenüber früheren Beobachtungen keine wesentliche Veränderung eingetreten. Fast alle Meldungen kamen wieder aus den ostholsteinischen Kreisen mit einer bemerkenswerten Konzentration im Kreise Hzgt. Lauenburg, der mehr als vier Fünftel aller Verdachtsanzeigen der beiden letzten Jahre stellte. Für das Bundesgebiet wurde festgestellt, daß die Meldungen - gemessen an der Bevölkerungszahl - in den Ländern Niedersachsen, Hessen, Schleswig-Holstein und Bayern am häufigsten erstattet wurden.

Über die sonst noch aufgetretenen Infektionskrankheiten unterrichtet die Tabelle.

#### Begriffe und Methoden

ca 60  
Bertel  
Mannschlag

Statistische Informationen über den Gesundheitszustand der Bevölkerung werden im Rahmen der Statistiken des Gesundheitswesens nur in beschränktem Umfang und mit beschränkter Aussagekraft zu-

sammengetragen. Im grossen und ganzen beschränken sich diese Informationen auf die Ermittlung der stationär behandelten Kranken in den Krankenhäusern und auf die medizinischen Ursachen der Sterbefälle. Im Rahmen der Statistik der Krankenversicherungen fällt Material an, das Aufschluss gibt über den allgemeinen Krankenstand in der Bevölkerung (genauer gesagt, im Kreis der Mitglieder der Versicherungen). Ein differenziertes Bild des Krankheitsgeschehens unter Berücksichtigung von ärztlichen Diagnosen lässt sich für die Gesamtbevölkerung nicht zusammenstellen. Eine Meldepflicht für Erkrankungsfälle an bestimmten übertragbaren Krankheiten bestand bis Ende 1961 nur im Rahmen der Seuchengesetzgebung der Länder. Seit dem 1. Januar 1962 ist die Meldepflicht für wichtige übertragbare Krankheiten bundeseinheitlich durch das Bundesseuchengesetz gegeben. Diese Meldepflicht dient in erster Linie zur schnellen Information der Gesundheitsbehörden, die unter Umständen seuchenpolizeiliche Massnahmen einleiten müssen (z. B. Isolation der Erkrankten). Erst in zweiter Linie können diese Meldungen hinsichtlich der Häufigkeit von Erkrankungen in bestimmten Gebieten und zu bestimmten Zeiten statistisch ausgewertet werden. Detaillierte Ergebnisse über die Diagnosen und die Struktur der Erkrankungen werden nur für die Tuberkulose im Rahmen einer besonderen Statistik ermittelt.<sup>1</sup> 247

Die Erkrankungen werden den Gesundheitsämtern wöchentlich gemeldet. Dieser kurze Zeitraum für die Berichterstattung erschwert sehr häufig die genaue bakteriologische Sicherung der Diagnose, da er eingehende Untersuchungen des Erkrankten nur selten zulässt. Insofern ist das Zahlenmaterial über den Erkrankungsumfang zweifellos lückenhaft. Die relativ zuverlässigsten Ergebnisse liegen bei den schwereren Erkrankungen (z. B. Kinderlähmung) vor. Da bei diesen Erkrankungen, ausser der reinen Zahl der Fälle, ausserdem auch für jeden Einzelfall sog. "Sofortmeldungen" gegeben werden müssen, die weitere Angaben über die Art der Infektion und z. T. über den Verlauf der Erkrankungen enthalten, ist hier eine eingehendere statistische Untersuchung vor allem über die Begleitumstände der Erkrankung möglich. Dieses bei den Gesundheitsbehörden vorhandene Material ist jedoch bisher noch nicht umfassend ausgewertet worden. 14

Dipl.-Volksw. Klaus Kamp

Vergleiche auch: "Meldepflichtige Krankheiten 1959" in Stat. Monatsh. S.-H. 1960, S. 190 (August) und "Neuerkrankungen an meldepflichtigen Krankheiten im Jahr 1961" in Wirtschaft und Statistik 1962, S. 209 (April)

1) Vergl. "Die Tuberkulose im Jahre 1960" in Stat. Monatsh. S.-H. 1961, Seite 227 (Oktober)

## Kurzberichte

### Der Arbeitsplatzwechsel der Arbeitnehmer in der Wirtschaft Schleswig-Holsteins

- Von Dr. Irmgard Feick, Kiel -

Der zunehmende Mangel an Arbeitskräften und der Rückgang der Arbeitslosigkeit ließen vermuten, daß viele Arbeitnehmer in der Wirtschaft ihren Arbeitsplatz wechseln. Die bei den Arbeitsämtern eingehenden Einstellungs- und

Entlassungsanzeigen vermitteln ein Bild von dem Umfang des Arbeitsplatzwechsels insgesamt; sie geben aber keine Auskunft darüber, wie viele Arbeitnehmer an ihm teilnehmen und wie oft der einzelne wechselt. Die Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung hat daher für die Jahre 1959, 1960 und 1961 durch repräsentative Sondererhebungen feststellen lassen, wie viele Personen innerhalb des Betriebsjahres in den einzelnen Wirtschaftsabteilungen den Arbeitsplatz

wechselten und wie viele Arbeitsplatzwechsel auf den einzelnen Arbeitnehmer entfielen.

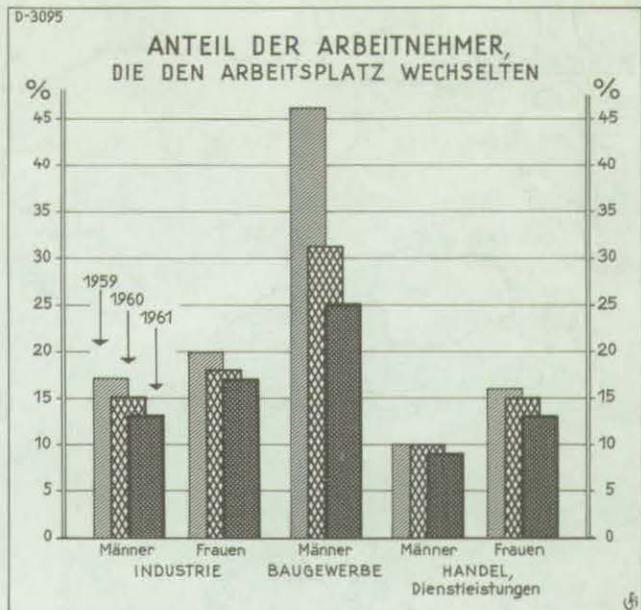
Bei diesen Erhebungen auf Stichprobenbasis sind die Arbeitnehmer mit den Anfangsbuchstaben "G" ausgezählt worden. Das waren bei der im März 1961 vorgenommenen Repräsentativerhebung in Schleswig-Holstein rund 42 000 Arbeitnehmer, bei den Erhebungen in den Jahren 1959 und 1960 allerdings nur etwa ein Fünftel dieser Masse. Der so erfaßte Personenkreis wurde in zwei Hauptgruppen eingeteilt: Arbeitnehmer, die im Untersuchungsjahr nur einen Arbeitgeber hatten, und solche mit zwei und mehr Arbeitsverhältnissen (Arbeitsplatzwechsler).

Die Vermutung, daß die Arbeitsplätze in der Wirtschaft häufig gewechselt werden und daß sich diese Erscheinung mit dem zunehmenden Mangel an Arbeitskräften verstärkt, hat sich auf Grund der vorliegenden Ergebnisse nicht bestätigt. Sowohl in den Jahren 1959 und 1960 als auch 1961 überwog in Schleswig-Holstein die Zahl der Arbeitnehmer mit nur einem Arbeitsverhältnis. Der Anteil dieser Arbeitnehmer ist im Jahre 1961 - verglichen mit 1959 - noch gestiegen, und zwar bei den Männern von 79 auf fast 86% und bei den Frauen von 83 auf 86%.

Die Erwartung, daß die Arbeitsplatzwechsler zum größten Teil Nicht-Facharbeiter sind, hat sich bestätigt. Bei Männern und Frauen waren über die Hälfte der Arbeitsplatzwechsler Nicht-Facharbeiter. Beachtlich ist allerdings, daß bei den Männern noch 40% der Arbeitsplatzwechsler Facharbeiter waren, dafür aber kaum Angestellte. Bei den Frauen liegt es anders: nur gut 20% aller Arbeitsplatzwechsler waren Facharbeiter, aber 25% Angestellte. Der Anteil der weiblichen Angestellten ist vermutlich durch den häufigen Wechsel zwischen Beschäftigung und Nicht-Beschäftigung bei den Saisonkräften (Verkäuferinnen) erhöht.

Es sind hauptsächlich jüngere Arbeitnehmer, die ihren Arbeitsplatz wechseln. Der Anteil der unter 25jährigen war besonders hoch, er betrug bei den Männern 38% und bei den Frauen annähernd 50%. In der Altersgruppe 25 bis unter 45 Jahre befanden sich 40% der männlichen und 32% der weiblichen Arbeitsplatzwechsler.

Betrachtet man die Arbeitsplatzwechsler in den einzelnen Wirtschaftsbereichen, so finden wir die größte Anzahl der Arbeitnehmer mit nur einem Arbeitsverhältnis im öffentlichen Dienst und bei den Dienstleistungen (insbesondere Handel, Banken und Verkehr). Im Baugewerbe ist die Zahl der Wechsler stark zu-



rückgegangen, und zwar von 46% im Jahre 1959 auf 25% im Jahre 1961. Trotzdem lag hier der Anteil der Arbeitsplatzwechsler gegenüber den anderen Wirtschaftsbereichen am höchsten. Die im ganzen gesehen günstige Entwicklung ist bei dem Baugewerbe auf Maßnahmen zur ganzjährigen Beschäftigung in der Bauwirtschaft einschließlich der Schlechtwettergeldregelung zurückzuführen, durch die eine große Anzahl von Arbeitnehmern in Beschäftigungsverhältnissen gehalten wurde. Auch im produzierenden Gewerbe und bei den Dienstleistungen ist die Fluktuation der Arbeitnehmer zurückgegangen.

Die Veränderungen in der Arbeitsplatzfluktuation in der Landwirtschaft konnten in der obestehenden Graphik nicht gesondert ausgewiesen werden, da die relativ kleine Zahl der hier beschäftigten Arbeitnehmer in einer Repräsentativerhebung keine ausreichende Genauigkeit bietet. Der Anteil der Arbeitsplatzwechsler betrug in der Landwirtschaft im Jahre 1961 etwa 16% bei den Männern und 13% bei den Frauen.

## Die öffentliche Verschuldung am 31. 12. 1961

Die Gesamtverschuldung des Landes, der Gemeinden und Gemeindeverbände erreichte am 31. 12. 1961 2 516 Mill. DM, das sind 1 083 DM je Einwohner.

An diesen Schulden war das Land mit 72% beteiligt.

Die kommunalen Schulden beliefen sich auf 714 Mill. DM. Sie erhöhten sich in einem Jahr

# ZUNAHME DES WOHNUNGSBESTANDES IN SCHLESWIG-HOLSTEIN 1956-1960



**ERKLÄRUNG:**

Gemeinden (1 000 u. m. Einw.) am 31. 12. 1960  
mit einer Wohnungszunahme seit 25. 9. 1956

QUICKBORN	20 bis unter 33,3%
GETTORF	33,3% u. mehr

mit \* versehene Gemeinden sind gleichzeitig "Industriestandorte"  
(siehe G.d.M. Januar 1962)

Der Wohnungsbau ist mit dem Bundesgesetz über den stufenweisen Abbau der Wohnungsbewirtschaftung erneut in das Blickfeld des öffentlichen Interesses gerückt. Ausgehend von dem Jahr 1956 kann man unterstellen, daß die Antriebskräfte des Wohnungsbaues im allgemeinen nicht wie in den ersten Nachkriegsjahren hauptsächlich von einer akuten Wohnungsnot bestimmt sind, sondern mehr von wirtschaftlichen Überlegungen und Maßnahmen. Hierbei ist zu unterscheiden, aber nicht immer zu trennen, zwischen neugeschaffenen Wohnstätten im Umkreis bestehender Wirtschaftskerne und der Errichtung von Wohnungen als notwendige Folge neu angesiedelter oder ausgebauter Industrien. Sicherlich tritt noch die Vorliebe für bestimmte Landschaften hinzu.

Die nebenstehende Abbildung zeigt die Gemeinden, in denen der Wohnungsbestand 1960 gegenüber 1956 wesentlich über dem Landesdurchschnitt (+16%) liegt, und zwar unterschieden nach Gemeinden mit einer Zunahme von 20% bis 33 1/3% und solchen mit mehr als 33 1/3%.

In dem betrachteten Zeitraum liegen die Schwerpunkte des Wohnungsbaues mehr im Süden und Osten des Landes. Verständlicherweise konzentriert er sich im besonderen Maße in dem Ring um Hamburg und ebenfalls ausgeprägt in dem Raum um Kiel. Hervortretende Massierungen des Wohnungsbaues erscheinen außerdem an der Ostküste und in dem mit Industriepunkten durchsetzten Dreieck Kiel - Lübeck - Neumünster.

Die Abhängigkeit des Wohnungsbaues von der gewerblichen Wirtschaft tritt sehr deutlich bei einem Vergleich dieser Graphik mit den Industrieorten in Schleswig-Holstein (Graphik des Monats Januar 1962) zutage.

um 94,7 Mill. DM oder 15%. Hinzu kamen 0,3 Mill. DM an Kassenkredit und 23,2 Mill. DM an innerer Verschuldung. Von den insgesamt 1 631 Gemeinden, Ämtern und Landkreisverwaltungen waren 1 319 (81%) verschuldet; keine Schulden hatten 137 Ämter, 174 Gemeinden mit weniger als 1 000 Einwohnern und eine Gemeinde mit 1 000 bis unter 2 000 Einwohnern. Die Verschuldung ist von 269 DM je Einwohner auf 307 DM je Einwohner angewachsen.

Von Gemeinden und Gemeindeverbänden wurden im Jahre 1961 140 Mill. DM neu aufgenommen (Vorjahr 90 Mill. DM), im gleichen Zeitraum wurden 43 Mill. DM getilgt und 35 Mill. DM an Zinsen gezahlt. Die Zinszahlungen wurden zu 9,6 Mill. DM von wirtschaftlichen Unternehmen, zu 6,5 Mill. DM aus speziellen Deckungsmitteln und zu 18,6 Mill. DM aus allgemeinen Deckungsmitteln aufgebracht. Der gesamte Schuldendienst hat sich gegenüber dem Vorjahr um gut ein Drittel erhöht.

Im Jahre 1961 wurden für die wirtschaftlichen Unternehmen 23%, für das Bau- und Wohnungs-

wesen 18% und für den Schulbau 16% der neu aufgenommenen Schulden verwendet.

Der Anteil der Kreditmarktmittel ist weiterhin gewachsen; ihre Zuwachsrate betrug 20%, so daß nunmehr fast zwei Drittel der gesamten Schulden Kreditmarktmittel sind.

96% aller in Anspruch genommenen Kredite waren langfristig (Laufzeit 10 und mehr Jahre und Annuitätsdarlehen). Die 23 Mill. DM "innere Verschuldung" wurden zu 56% der Ausgleichsrücklage entnommen.

Dipl.-Volksw. Joachim Sachse

Vergleiche auch: "Die öffentliche Verschuldung am 31. 12. 1960" in Stat. Monatsh. S.-H. 1961, S. 185 (August) und "Schulden von Bund, Ländern und Gemeinden am 31. Dezember 1961" in Wirtschaft und Statistik 1962, S. 293 (Mai)

#### Verwendung der kommunalen Neuschulden

Verwaltungszweig	Neuschulden <sup>1</sup> (ohne Kassenkredite)		davon		
	Mill. DM	Zunahme gegenüber dem Vorjahr in %	aus Kreditmarktmitteln	aus öffentlichen Sondermitteln	bei Gebietskörperschaften
			Mill. DM		
Schulden insgesamt	712	15	447	87	178
darunter					
Schulden	123	12	71	5	46
Gesundheits- u. Jugendpflege	33	15	25	2	6
Bau- u. Wohnungswesen	169	5	96	19	54
Strassen, Wege, Brücken	132	1	74	16	43
Öffentliche Einrichtungen	126	29	63	35	27
Finanzen und Steuern	43	46	28	1	14
Wirtschaftliche Unternehmen	187	14	144	21	21

1) seit Juni 1948 aufgenommene und noch nicht getilgte Schuldverpflichtungen

#### Die Grundstücks- und Schiffshypotheken 1961

##### Grundpfandrechte

Die von privaten Gläubigern in Schleswig-Holstein neu gewährten Grundpfandrechte haben sich im Jahre 1961 der Zahl nach um fast 150 auf 3 050 Eintragungen, dem Werte nach um 9 Mill. DM auf 57 Mill. DM erhöht. Sie verteilen sich auf landwirtschaftliche Grundstücke mit 430 Grundpfandrechten im Gesamtwert von beinahe 10 Mill. DM und auf nichtlandwirtschaftliche mit über 2 600 im Wert von 47 Mill. DM.

Den größten Anteil an den Ausleihungen hatten mit fast 53 Mill. DM die "sonstigen privaten Darlehnsgeber"; auf die privaten Wohnungsgesellschaften entfielen 4,4 Mill. DM.

Tab. 1 Neueintragungen von Grundpfandrechten 1961

Grundpfandrechte	Insgesamt		davon					
	Anzahl	Mill. DM	Private Darlehnsgeber		Gläubiger im Ausland		Erbauseinandersetzungen	
			Anzahl	Mill. DM	Anzahl	Mill. DM	Anzahl	Mill. DM
Landwirtschaftliche Grundstücke	597	14,8	428	9,8	11	3,5	158	1,4
Hypotheken	315	5,9	156	4,5	1	0,0	158	1,4
Grundsulden	282	8,9	272	5,4	10	3,5	-	-
Nichtlandwirtschaftliche Grundstücke	2 923	68,6	2 624	47,1	95	20,5	204	1,0
Hypotheken	1 697	23,4	1 483	22,3	11	0,1	203	1,0
Grundsulden	1 226	45,3	1 141	24,8	84	20,4	1	0,0
Insgesamt	3 520	83,4	3 052	57,0	106	24,1	362	2,4
dagegen 1960	3 409	50,9	2 914	48,1	20	0,3	475	2,5

Eine regionale Aufgliederung zeigt, daß nicht in den beiden größten Städten Schleswig-Holsteins, Kiel und Lübeck - jeweils 3,5 Mill. DM - die höchsten Neueintragungen von Grundpfandrechten privater Darlehnsgeber vorgenommen worden sind, sondern in den Landkreisen Pinneberg (8,3 Mill. DM), der etwa die gleiche Einwohnerzahl wie Lübeck hat, Stormarn (7,8 Mill. DM) und Herzogtum Lauenburg (5,8 Mill. DM), die nur halb so viel Einwohner aufweisen.

Ungewöhnlich hoch waren die Eintragungen, die zugunsten von ausländischen Gläubigern vorgenommen wurden. Sie übertrafen bei weitem die Vorjahresergebnisse. So wurden Grundpfandrechte in Höhe von 24 Mill. DM registriert gegenüber 0,3 Mill. DM im Jahre 1960 (1959 : 0,2 Mill. DM). Etwa vier Fünftel dieser Neubelastungen waren Grundschulden auf nichtlandwirtschaftlichen Grundstücken. Diese Eintragungen betrafen hauptsächlich die nördlichen grenznahen Kreise.

Die auf Grund von Erbauseinandersetzungen eingetragenen dinglichen Sicherungen machten in Schleswig-Holstein bei nicht ganz 400 Fällen 2,4 Mill. DM aus. Die landwirtschaftlichen Grundstücke hatten dabei wertmäßig den größten Anteil.

#### Schiffshypotheken

Das Schiffsbeleihungsgeschäft war 1961 rückläufig. Zwar ist die Anzahl der Eintragungen leicht gestiegen, dem Werte nach gingen sie jedoch um über 8 Mill. DM auf 78,6 Mill. DM zurück. Es haben sich ausschließlich die Neuebeleihungen von Seeschiffen verringert, die um 10 Mill. DM unter dem Vorjahresergebnis lagen; die der Binnenschiffe erreichten mit über 2 Mill. DM ihren höchsten Stand seit 1954<sup>1</sup>; sie sind jedoch gegenüber den Seeschiffshypotheken immer noch unbedeutend. Die Abnahme der Beleihungen auf Seeschiffen beruht allein darauf, daß 1961 die Belastung von Schiffsneubauten um über die Hälfte geringer war als 1960. Im Jahre 1960 waren 66 Mill. DM in das Schiffsbauregister eingetragen worden, 1961 dagegen nur noch 32 Mill. DM. Die Belastungen der im Betrieb befindlichen Seeschiffe nahmen dagegen zu. Sie stellten erstmals seit 1954<sup>1</sup> einen größeren Anteil als die Neubauten. Bei den Binnenschiffen dagegen wurden - wie auch im Vorjahr - nur die "Altbauten" belastet.

Die meisten Schiffshypotheken (über fünf Sechstel) wurden auch 1961 von Schiffspfandbriefbanken und sonstigen Anstalten (Kreditinstitu-

Tab. 2 Eintragungen und Löschungen von Schiffshypotheken  
1960 und 1961  
(ohne Schiffshöchstbetragshypotheken)

	1960				1961			
	Seeschiffe		Binnenschiffe		Seeschiffe		Binnenschiffe	
	Anzahl	Mill. DM	Anzahl	Mill. DM	Anzahl	Mill. DM	Anzahl	Mill. DM
Eintragungen								
Insgesamt	213	85,8	10	0,9	222	76,3	18	2,3
Schiffsregister	159	19,7	10	0,9	183	44,6	18	2,3
Schiffsbauregister	54	66,1	-	-	39	31,7	-	-
Löschungen								
Insgesamt	157	17,5	12	0,9	173	64,3	34	1,4
Schiffsregister	150	13,0	12	0,9	148	19,5	34	1,4
Schiffsbauregister	7	4,5	-	-	25	44,8	-	-

ten, Versicherungsunternehmen u. ä.) zur Verfügung gestellt. Für diese Geldgeber wurden 65 Mill. DM Schiffspfandrechte in den Registern vorgemerkt, gegenüber 62 Mill. DM im Jahre 1960. Dem Werte nach wurden über zwei Drittel dieser Anstaltshypotheken zu einem Zinssatz von 6 bis 7 % ausgeliehen; bei den Binnenschiffen waren es sogar zu gleichem Zinssatz neun Zehntel.

Schiffshöchstbetragshypotheken - das sind solche, bei denen der höchste Betrag, bis zu dem das Schiff haften soll, in das Schiffsregister eingetragen wird<sup>2</sup> - wurden im Wert von 10 Mill. DM gegenüber 9 Mill. DM im Jahre 1960, registriert.

Bei den Seeschiffen wurden Löschungen im Betrage von 64 Mill. DM vorgenommen, davon 45 Mill. DM im Schiffsbauregister, so daß also mehr Schiffspfandrechte auf Neubauten gelöscht als eingetragen wurden. Die Eintragungen auf Binnenschiffen wurden um 1,4 Mill. DM entlastet.

#### Begriffe und Methoden

Seit dem 1. Januar 1961 werden nur noch die Grundpfandrechte erfasst, die zugunsten privater Geldgeber und Gläubiger im Ausland eingetragen werden. Daneben werden noch die Eintragungen von Erbauseinandersetzungen aufbereitet. Alle anderen Grundstücksbelastungen werden nicht mehr berücksichtigt. Die Nachweisungen über die Löschungen entfallen vollständig.

Die Schiffshypothekenbewegungen werden in ihrem bisherigen Umfang erfasst.

Dipl.-Volksw. Walter Dahms

Vergleiche auch: "Grundstücks- und Schiffshypotheken 1960" in Stat. Monatsb. S.-H. 1961, S. 191 (August) und "Hypothekenbewegung 1960/61" in Wirtschaft und Statistik 1961, S. 653 (November)

1) Es liegen erst ab 1954 Ergebnisse vor

2) siehe § 75 des Gesetzes über Rechte an Eintragungen von Schiffen und Schiffsbauwerken vom 15.11.1940 in Verbindung mit § 1190 BGB

## Die klassifizierten Straßen

Das Netz der klassifizierten Straßen Schleswig-Holsteins umfaßte am 1. 1. 1962 7 349 km. Es war seit dem 1. 4. 1959 um 293 km oder um 4% gewachsen. Hinter dieser verhältnismäßig kleinen Erweiterungsleistung steht eine ungleich größere Ausbauleistung. Durch Aufstufung kamen viele Straßen in eine höhere Klasse. So wuchs die Länge der Bundesstraßen um ein Viertel. Während sie 1959 noch 20% der Gesamtlänge der klassifizierten Straßen ausmachten, waren es 1962 schon 24%. Die Länge der Landstraßen I. Ordnung vergrößerte sich nur wenig, die II. Ordnung nahmen sogar etwas ab.

Klassifizierte Straßen  
- Stand 1. 1. 62 -

Straßenklasse	Gesamtlänge	darunter (in der Unterhaltung der Straßenbauämter)			
		leichte Decken	Oberflächenbehandlung	mittelschwere Decken	schwere Decken
Kilometer					
Bundesautobahn	64	-	-	-	64
Bundesstraßen	1 797	5	389	761	578
Landstraßen I.O.	3 496	101	1 322	1 580	352
Landstraßen II.O.	1 990	241	440	1 043	152
Insgesamt	7 349	347	2 151	3 383	1 147

Beachtliche Verbesserungen wurden bei den Decken erzielt. Nur noch 5% der in der Unterhaltung der Straßenbauämter stehenden Straßen von 7 143 km Länge haben leichte Decken, fast ein Drittel hat eine Oberflächenschutzschicht und fast die Hälfte trägt eine mittelschwere Decke. 1959 hatten noch 900 km, das sind 13%, leichte Decken. Ein Drittel der Länge war mit Oberflächenschutzschicht und ein Drittel war mit mittelschweren Decken versehen. Am stärksten wirkte sich der Ausbau bei den Landstraßen II. Ordnung aus. Bei ihnen ging der Anteil der leichten Decken von 30% auf 12% zurück, der der mittelschweren Decken stieg von einem Drittel auf über die Hälfte.

Große Fortschritte machte auch der Ausbau der Radfahrwege. An Bundesstraßen gibt es 479 km, an Landstraßen I. Ordnung 297 km und an Landstraßen II. Ordnung 20 km. Diese Länge von 796 km übertrifft die vom 1. 4. 1959 um die Hälfte. Die Bundesstraßen wurden bevorzugt berücksichtigt. Bei ihnen betrug der Zuwachs sogar 70%, so daß jetzt ein Viertel der Länge der Bundesstraßen mit Radfahrwegen versehen ist.

Der Bau von Radfahrwegen ist nur eine Maßnahme zur Erhöhung der Verkehrssicherheit, die sich auch in der Statistik widerspiegelt. Andere Maßnahmen, wie Ausbau von Kurven

und Kreuzungen und Straßenverbreiterungen, sind statistisch nicht erfaßt. Sie müssen das Bild der Bauleistung vervollständigen.

Dipl.-Math. Gerhard Schaub

Vergleiche auch: "Die klassifizierten Straßen" in Stat. Monatsh. S.-H. 1960, S. 191 (August)

## Verkehr der Bundesbahn 1959 bis 1961

In den drei Jahren 1959 bis 1961 hat sich die Höhe der Betriebsleistungen der Deutschen Bundesbahn nur unwesentlich verändert. Die Zahl der im Bundesgebiet (einschließlich Saarland) geleisteten Zugkilometer sank geringfügig von 566 auf 565 Millionen; die Zahl der gefahrenen Achskilometer nahm im gleichen Zeitraum von 20,6 auf 21,6 Milliarden zu. Die verhältnismäßig starke Abnahme der geleisteten Zugkilometer in den Jahren 1957 bis 1959 ist damit zum Stillstand gekommen. Damals war die Zahl der Zugkilometer von 589 auf 566 Millionen zurückgegangen.

Untersucht man die Betriebsleistungen der letzten drei Jahre nach den im Reisezugverkehr und im Güterzugverkehr geleisteten Zugkilometern, so stellt man fest, daß sich zwischen beiden Verkehrsarten eine entgegengesetzte Entwicklung vollzogen hat. Der Reisezugverkehr ist zurückgegangen, der Güterzugverkehr hat zugenommen.

Diese Entwicklung spiegelt sich auch in der Statistik der Verkehrsleistungen wider. Die Zahl der im Bundesgebiet beförderten Personen nahm im Berichtszeitraum kontinuierlich ab. Eine Ausnahme hiervon macht nur der Verkehr mit Kraftomnibussen. Dagegen nahm die beförderte Gütermenge zunächst zu. Im Jahre 1961 ging sie jedoch wiederum leicht zurück. Man vergleiche hierzu die nachfolgende Tabelle.

Diese Entwicklung ist, wenn man die weitere Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Bundesbahn im Auge hat, zu begrüßen. Der Güterverkehr stellt für die Deutsche Bundesbahn ohnehin eine wichtigere Einnahmequelle dar als der Personenverkehr. So betrugen z. B. im Jahre 1959 die Einnahmen aus dem Güterzugverkehr mehr als das Doppelte derjenigen aus

Betriebs- und Verkehrsleistungen der Deutschen Bundesbahn  
im Bundesgebiet<sup>1</sup> 1959 - 1961

	1959	1960	1961
Geleistete Zugkilometer (Mill.)	566	565	565
davon Reisezugverkehr	386	378	376
Güterzugverkehr	180	187	189
Beförderte Personen (Mill.)	1 607	1 568	1 510
davon Schienenverkehr <sup>2</sup>	1 367	1 304	1 206
Kraftwagenverkehr	239	263	304
Beförderte Güter <sup>3</sup> (Mill. t)	311	333	327

1) einschl. Saarland 2) einschl. Schiffsverkehr 3) einschl. Dienstgutverkehr

dem Personenverkehr. Die Zahl der geleisteten Zugkilometer steht demgegenüber in einem umgekehrten Verhältnis. Im Personenverkehr ist insbesondere der Nah-, Berufs- und Schülerverkehr mit den vielen Möglichkeiten, Tarifiermäßigungen in Anspruch zu nehmen, ein Verlustgeschäft. Insofern wirkt sich die überdurchschnittliche Abnahme gerade dieser Verkehrszweige, wie sie im Geschäftsbericht der Deutschen Bundesbahn<sup>1</sup> geschildert wird, auf die finanzielle Lage der Bundesbahn günstig aus. Der Grund für diese Entwicklung ist einmal in der starken Zunahme des Individualverkehrs mit Kraftfahrzeugen zu suchen, zum anderen in den gezielten tarifpolitischen Maßnahmen. Die Zunahme der geleisteten Zugkilometer im Güterverkehr hat allerdings bereits im Laufe des Jahres 1961 wieder nachgelassen. Der Umschwung dürfte u. a. auf die im Laufe des Jahres einsetzende Konjunkturabschwächung zurückzuführen sein.

Im Bereiche der Bundesbahndirektion Hamburg zeigen die Betriebsleistungen innerhalb der letzten drei Jahre ein ähnliches Bild. Die gefahrenen Zugkilometer nahmen im Reisezugverkehr von 25,3 Millionen auf 25,0 Millionen ab, während sie im Güterzugverkehr von 10,5 auf 11,1 Millionen anstiegen. Auch hier hat die Zunahme im Güterverkehr im Laufe des Jahres 1961 merklich nachgelassen. Dies hatte zur Folge, daß in Schleswig-Holstein im Jahre 1961 die Zahl der im Güterzugverkehr geleisteten Zugkilometer sogar knapp unter der des Jahres 1960 liegt.

Dipl.-Volksw. Klaus Scheithauer

Die Ausländer in Schleswig-Holstein 1961

In Schleswig-Holstein waren am Jahresende 1961 16 300 Ausländer polizeilich gemeldet, damit entfallen hier auf 1 000 Einwohner 7 Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit. Den größten Anteil stellten mit 2 300 Personen wiederum die Dänen, es folgen die Polen mit 1 700 und die Italiener mit 1 200 Personen.

Die Zahl der Ausländer ist seit dem 31. 12. 1960 um rund 2 500 Personen gestiegen, das sind 18%. Diese Zunahme ist in erster Linie auf die Beschäftigung von Gastarbeitern zurückzuführen; hier erhöhten sich insbesondere die Zahlen der Italiener, Griechen und Spanier (insgesamt 1 520), die auch in der gesamten Bundesrepublik mehr als die Hälfte aller Gastarbeiter stellen. Nennenswerte Zunahmen sind noch bei den Dänen (294) und bei den Türken (204) zu verzeichnen. Im gleichen Zeitraum verringerten sich die Personenzahlen bei den Staatenlosen um 115, bei den ehemaligen Balten und den Polen um insgesamt 100.

Tab. 1 Ausländer am 31. 12. 1961 nach Kreisen

Kreis	Ausländer				
	insgesamt		darunter aus		
	Anzahl	je 1 000 Einw. <sup>1</sup>	Dänemark	Italien, Griechenland u. Spanien	Osteuropa u. Balkanländer <sup>2</sup>
Flensburg	1 292	13,2	868	51	67
Kiel	2 330	8,6	152	404	316
Lübeck	2 692	11,4	78	580	1 079
Neumünster	482	6,4	35	77	130
Eckernförde	319	5,0	47	43	1
Eiderstedt	50	2,6	22	3	1
Eutin	441	4,9	22	66	168
Flensburg-Land	402	6,3	293	14	5
Hzgt. Lauenburg	976	7,4	47	283	175
Husum	215	3,4	51	45	17
Norderdithmarschen	156	2,7	10	16	26
Oldenburg (Holst.)	693	8,7	16	18	529
Pinneberg	1 723	7,9	83	506	435
Plön	288	2,6	23	34	20
Rendsburg	878	5,5	62	39	310
Schleswig	499	5,1	177	23	54
Segeberg	455	4,8	23	157	87
Steinburg	574	4,7	65	132	60
Stormarn	1 278	8,8	48	332	265
Süderdithmarschen	223	3,1	16	29	18
Südtondern	378	6,4	164	27	30
Schleswig-Holstein	16 344	7,0	2 302	2 879	3 793

1) vorläufige Einwohnerzahl für den 31. 12. 1961

2) ohne Griechenland

Die größte Mobilität liegt damit zweifellos bei der Gruppe der Südeuropäer, die als Gastarbeiter für die Bundesrepublik angeworben wurden. Hierbei handelt es sich um eine Entwicklung, die sich für das gesamte Bundesgebiet einheitlich abzeichnet und die nur in ihrer Intensität verschieden ist. Die letzte

Quelle: Statistische Monatsübersichten der Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbahn 1959 - 1961

Vergleiche auch: "Verkehr der Bundesbahn" in Stat. Monatsh. S.-H. 1961, S. 167 (Juli)

1) Geschäftsbericht der Deutschen Bundesbahn über das Geschäftsjahr 1959

Gruppe, die Osteuropäer und Personen aus den Balkanländern enthält, wird sich eher verringern als vergrößern, da sie in der Hauptsache aus heimatlosen Ausländern besteht. Die Zahl der heimatlosen Ausländer in Schleswig-Holstein betrug am Jahresende 1961 3 220 Personen, von denen rund ein Fünftel in den sechs Ausländerlagern des Landes lebte.

Es soll noch ein Blick auf eine Statistik der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung geworfen werden, die alle Arbeitnehmer nichtdeutscher Staatsangehörigkeit erfaßt. Diese Statistik enthält im Gegensatz zu der oben angeführten Zahl lediglich die Zahl der Arbeitnehmer unter den Personen nichtdeutscher Staatsangehörigkeit, während die Zahl für Schleswig-Holstein Selbständige, Studierende und Nichterwerbstätige einschließt. Hiernach waren im Bundesgebiet (ohne Berlin) am Jahresende 1961 rund 490 000 Arbeitnehmer nichtdeutscher Staatsangehörigkeit registriert, wobei auf die Gruppe der Südeuropäer allein rund 60% entfielen.

Tab. 2 Die beschäftigten Arbeitnehmer nichtdeutscher Staatsangehörigkeit am 31. 12. 1961 nach Ländern

Land	Nichtdeutsche Arbeitnehmer	
	Anzahl	je 1 000 Einw. <sup>1</sup>
Schleswig-Holstein	5 176	2,2
Hamburg	12 619	6,9
Niedersachsen	18 977	2,8
Bremen	2 736	3,8
Nordrhein-Westfalen	182 643	11,4
Hessen	48 473	10,0
Rheinland-Pfalz	14 377	4,2
Baden-Württemberg	124 252	15,9
Bayern	65 486	6,8
Saarland	14 150	13,1
Bundesgebiet ohne Berlin	488 889	9,0

1) vorläufige Einwohnerzahl für den 31. 12. 1961

Quelle: Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, 10. Jg., Nr. 2, Febr. 1962

Der Anteil der nichtdeutschen Arbeitnehmer liegt in Schleswig-Holstein erheblich niedriger als im Bundesdurchschnitt. Während in Schleswig-Holstein am 31. 12. 61 nur 5 176 nichtdeutsche Arbeitnehmer registriert waren, so daß 2,2 nichtdeutsche Arbeitnehmer auf 1 000 Einwohner entfielen, kommen im Durchschnitt des Bundes 9 nichtdeutsche Arbeitnehmer auf 1 000 Einwohner oder 24 auf 1 000 beschäftigte Arbeitnehmer. Der niedrige Anteil ausländischer Arbeitnehmer in Schleswig-Holstein ist in erster Linie durch die Struktur des Landes bedingt. Nur 1,3% aller ausländischen Arbeitnehmer in der Bundesrepublik sind in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigt, wogegen 3/4 aller Gastarbeiter in der Eisen- und Metall-

erzeugung, dem Verarbeitenden Gewerbe und dem Baugewerbe tätig sind. Aus der Tabelle 2 ist leicht ersichtlich, daß der Anteil der ausländischen Arbeitskräfte in den hochindustrialisierten Bundesländern am größten ist. Diese Tatsache läßt sich ebenfalls aus der Tabelle 1 ersehen, die alle Ausländer in Schleswig-Holstein kreisweise aufgliedert. Auch hier findet sich die Mehrzahl der Gastarbeiter aus den südeuropäischen Ländern in den Städten Kiel und Lübeck sowie in den industriell ausgerichteten Hamburger Randkreisen Pinneberg, Stormarn und Lauenburg.

Dipl.-Volksw. Gerhard C. Spielmann

Vergleiche auch: "Die Ausländer in Schleswig-Holstein am 31. 12. 1960" in Stat. Monatsh. S.-H. 1961, S. 141 (Juni)

## Die Preise landwirtschaftlicher Betriebsmittel

Die Güter, die die landwirtschaftlichen Betriebe für die Erzeugung ihrer Produkte kaufen müssen, haben sich von 1950/51 bis 1959/60 in Westdeutschland durchschnittlich um 28% verteuert. Der langjährige Preisanstieg hat sich auch im Wirtschaftsjahr 1960/61 fortgesetzt, wenn auch nicht ganz so stark wie in den beiden vorhergehenden Wirtschaftsjahren. Im Vergleich zu 1959/60 erhöhten sich die Preise der landwirtschaftlichen Betriebsmittel im Schnitt um 1,6%. Aus der angeführten Tabelle geht hervor, daß sich die Preise in den einzelnen Warengruppen ziemlich unterschiedlich veränderten. Futtermittel, Saatgut, Pflanzenschutzmittel sowie Brenn- und Treibstoffe sind im letzten Wirtschaftsjahr billiger geworden. Alle anderen Betriebsmittel wurden teurer.

Die Futtermittel waren im Wirtschaftsjahr 1959/60 infolge der langen Trockenheit knapp, so daß die Preise mit Ausnahme bei Fischmehl anstiegen. 1960/61 hat sich die Marktlage gebessert, so daß die Preise z.T. unter den Stand von 1958/59 zurückfielen. Der Gruppenindex für Saatgut ging um 12% zurück, was auf merkliche Preissenkungen für Hackfruchtsaat zurückzuführen ist; denn Getreide- und Futterpflanzensaat wurde etwas teurer. Das leichte Nachgeben der Pflanzenschutzmittelpreise erklärt sich aus der Verbilligung einiger Rohstoffe.

Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel in der Bundesrepublik

Warengruppe	1959/60	1960/61	1959/60 gegenüber 1958/59	1960/61 gegenüber 1959/60	Gewichtungszahlen
	1958/59 = 100		Veränderung in %		
Handelsdünger	108,0	108,6	+ 8,0	+ 0,6	103
Futtermittel	102,1	99,4	+ 2,1	- 2,6	232
Saatgut	99,2	87,3	- 0,8	- 12,0	27
Nutz- und Zuchtvieh	96,7	97,7	- 3,3	+ 1,0	94
Pflanzenschutzmittel	100,7	100,0	+ 0,7	- 0,7	12
Brenn- und Treibstoffe (einschl. Schmierstoffe und elektr. Strom)	98,9	97,3	- 1,1	- 1,6	58
Allgemeine Wirtschaftsausgaben	100,7	103,0	+ 0,7	+ 2,3	65
Unterhaltung der Gebäude	104,9	111,3	+ 4,9	+ 6,1	39
Unterhaltung von Maschinen und Geräten (einschl. techn. Hilfsmaterialien)	102,6	108,7	+ 2,6	+ 5,9	137
Neubauten	105,4	111,8	+ 5,4	+ 6,1	64
Neuanschaffung größerer Maschinen	100,4	104,2	+ 0,4	+ 3,8	167
Zusammen	102,0	103,6	+ 2,0	+ 1,6	1 000

Die Verteuerung des Handelsdüngers rührt in erster Linie daher, daß die staatlichen Förderungsbeiträge bei allen Düngemittelarten außer Kainit gekürzt wurden. Bei den Kalkdüngemitteln kam noch hinzu, daß die Preise infolge einer Frachterhöhung ab Dezember 1960 heraufgesetzt wurden. Im einzelnen stieg der Index für Phosphatdüngemittel um 2,2%, der für Kalidüngemittel um 1,1% und der für Kalkdüngemittel um 6,7%. Der Index für Stickstoffdüngemittel sank infolge der Preisermäßigung bei schwefelsaurem Ammoniak und Kalkammonsalpeter um 1,0%. Bei weitem am stärksten verteuerte sich die Unterhaltung und Erweiterung des "toten Inventars". Nach den Hinweisen der Berichtsstellen hängt das Klettern dieser Preise mit Material- und Lohnerhöhungen zusammen. Die beträchtlichen Preissteigerungen für die Unterhaltung der Gebäude und für Neubauten infolge der Übernachfrage auf dem Bausektor wurden bereits in den vorhergehenden Jahren festgestellt. Die mit der Motorisierung der Landwirtschaft verbundenen Neuanschaffungen hatten jedoch in den Vorjahren noch nicht so heftige Preissteigerungen zu verzeichnen wie jetzt.

Dr. Enno Heeren

Vergleiche auch: "Die Preise landwirtschaftlicher Betriebsmittel" in Stat. Monatsb. S.-H. 1961, Seite 204 (September) und "Preisindices für die Landwirtschaft im Wirtschaftsjahr 1960/61" in Wirtschaft und Statistik 1961, S. 480 (August)

Die Pflanzenbestände<sup>1</sup> in Baumschulen 1961

In den Baumschulen Schleswig-Holsteins gab es 1961 weniger Obstgehölze und Obstunterlagen, mehr Ziergehölze für Gärten, Parks und Straßen und mehr Rosen als 1960. Dagegen waren die Bestände an Rosenunterlagen etwas kleiner als im Vorjahr.

Obstgehölze

Die Bestände an Obstunterlagen waren in diesem Jahr fast um ein Fünftel kleiner als 1960. Die Aufzucht von Steinobstunterlagen ist besonders stark zurückgegangen. Das ist fast ausschließlich auf den starken Rückgang bei Prunus mahaleb zurückzuführen, das immer weniger verlangt wird. Außerdem sind die Einsaaten 1961 vielfach schlecht oder gar nicht aufgelaufen. Der Rückgang bei Prunus mahaleb wurde durch vermehrte Anzucht von Prunus avium keineswegs ausgeglichen. Der Bestand der übrigen Prunusunterlagen für Pflaumen, Zwetschen, Mirabellen usw. in Schleswig-Holstein

Die Bestände an Hochbaumschulerzeugnissen

Gehölze	1960	1961	Veränd. in %
	in 1 000 Stück		
Veredelte Obstgehölze mit Krone und Beerensträucher insgesamt	4 591	4 087	- 11
davon			
Kernobst	557	669	+ 20
Steinobst	359	366	+ 2,0
Schalenobst	53	35	- 34
Beerenobst	3 623	3 018	- 17
Übrige heranwachsende Obstgehölze (einjährige Veredlungen) insgesamt	1 101	1 052	- 4,5
davon			
Kernobst	826	723	- 13
Steinobst	274	329	+ 20
Obstunterlagen, Ernte Herbst des Erhebungsjahres insgesamt	11 889	9 760	- 18
davon			
Kernobst	6 111	5 498	- 10
Steinobst	5 472	3 998	- 27
Schalenobst	28	14	- 50
Beerenobst (Ribes für Stämme)	277	249	- 10
Ziergehölze und Rosen insgesamt	85 060	90 093	+ 5,9
Ziergehölze für Straßen, Parks und Gärten zusammen	23 411	32 424	+ 38
davon			
Laub- und Nadelgehölze für Straßen, Parks und Gärten	5 113	8 008	+ 57
Laubabwerfende Ziersträucher	5 010	6 654	+ 33
Heckenpflanzen	11 303	15 840	+ 40
Immergrüne Gehölze, Moorbeet-, Schling- und Kletterpflanzen	1 985	1 922	- 3,2
Rosen zusammen	61 648	57 669	- 6,5
davon			
Rosen, vorjährige Veredlungen	11 756	15 088	+ 28
Rosenunterlagen, Ernte Herbst des Erhebungsjahres	49 892	42 582	- 15

1) ohne Forstpflanzen und Pappeln

war in diesem Jahr etwa der gleiche wie 1960. Die Zahl der Kernobstunterlagen lag 10% unter dem Vorjahresergebnis. Hier sind die ein- und zweijährigen Sämlingsbestände besonders bei Äpfeln beachtlich kleiner. Die Typenunterlagen setzen sich immer stärker durch. Die Bestände der Typenunterlagen waren 1961 bei Äpfeln größer als die Sämlingsbestände. Bei Birnen erreichten die Typenunterlagen (Quittentypen) fast 20% der Unterlagen für Birnen. Mit rund 250 000 Ribes für Stämme standen im Herbst 1961 10% weniger zum Verkauf oder zur eigenen Aufschulung zur Verfügung als 1960.

Die Zahl der einjährigen veredelten Obstgehölze blieb 1961 unter dem Vorjahresergebnis. So waren die Bestände der Kernobstveredelungen 13% kleiner.

Die Bestände der älteren und übrigen Obstveredelungen waren 1961 - insgesamt betrachtet - ebenfalls kleiner als 1960. Die Nachzucht von Beerensträuchern wurde stark eingeschränkt. Dagegen hat sich die Bestandsgröße der älteren veredelten Steinobstunterlagen in den Baumschulen gegenüber dem Vorjahr kaum verändert. Der Bestand der mindestens zweijährigen Kernobstveredelungen ist sogar um ein Fünftel größer als 1960.

## Ziergehölze

Aus der Gruppe der Ziergehölze wurden vor allem mehr Heckenpflanzen aufgezogen. Außerdem verfügten die Baumschulen um über die Hälfte mehr Laub- und Nadelgehölze für Straßen, Parks und Gärten als im Vorjahr. Auch werden in Schleswig-Holstein in steigendem Maße Rhododendren vermehrt. Der Bestand an immergrünen Gehölzen, Moorbeet-, Schling- und Kletterpflanzen war 1961 etwa der gleiche wie 1960. Die Rosenbestände, die im Vorjahr veredelt wurden, umfaßten 1961 rund 15 Mill. Stück, das sind 28% mehr als im Vorjahr. Bei den Polyanthen hielt die Aufwärtsentwicklung weiter an. Auch Buschrosen, Kletter- und Parkrosen sowie Rosenstämme sind verstärkt angezogen worden. Dagegen standen in diesem Herbst mit Ausnahme von Rosa multiflora (einschließlich Rosa laxa) weniger Rosenunterlagen für den Verkauf oder zur eigenen Aufschulung zur Verfügung, was auf witterungsbedingte Schwierigkeiten bei der Anzucht der Sämlinge zurückzuführen ist.

Dipl.-Landw. Georg Bartling

Vergleiche auch: "Die Pflanzenbestände in Baumschulen 1960" in Stat. Monatsh. S.-H. 1961, S. 70 (März) und "Erzeugung von Obstgehölzen und Zierpflanzen 1961" in Wirtschaft und Statistik 1962, S. 99 (Februar)

---

## Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen.

Mit "Kreisen" in Tabellenüberschriften sind die kreisfreien Städte und Landkreise gemeint.

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde.

Bei Größenklassen bedeutet "a-b": a bis unter b. Zahlen in ( ) haben eingeschränkte Aussagefähigkeit. Zeichen an Zahlen bedeuten: p = vorläufige, r = berichtigte, s = geschätzte Zahl.  $\bar{x}$  bedeutet Durchschnitt.

Zeichen statt Zahlen bedeuten:

- = Zahlenwert genau Null
- 0 = Zahlenwert grösser als Null, aber kleiner als die Hälfte der kleinsten in der betreffenden Tabelle verwendeten Einheit
- . = Zahlenwert aus sachlichen oder technischen Gründen unbekannt oder aus anderen Gründen nicht eingesetzt
- ... = Zahlenwert noch nicht bekannt
- x = Angabe nach der Bezeichnung des betreffenden Tabellenfaches sinnlos

# SCHLESWIG-HOLSTEIN IM ZAHLENSPIEGEL

## Monats- und Vierteljahreszahlen

	Einheit	1958	1961	1961			1962			
		Monats-Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
<b>BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT</b>										
Bevölkerungsstand (Monatsende)										
*Wohnbevölkerung	1000	2 269	p2 321	2 319	2 322	p2 318	p2 333	p2 336	...	...
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
Eheschließungen <sup>1)</sup>										
*Anzahl		1 654	1 677	1 798	2 272	2 093	2 022	1 841	2 014	...
*auf 1 000 Einw. und 1 Jahr		8,8	p 9,7	9,4	11,5	11,0	p 10,2	p 8,6	p 10,2	...
Lebendgeborene <sup>2)</sup>										
*Anzahl		2 867	3 355	3 496	3 445	3 339	3 677	3 637	3 681	...
*auf 1 000 Einw. und 1 Jahr		15,2	p 17,3	18,4	17,5	17,5	p 18,6	p 18,9	p 18,6	...
Gestorbene <sup>3)</sup> (ohne Totgeborene)										
*Anzahl		2 173	2 290	2 175	2 313	2 349	2 698	2 344	2 332	...
*auf 1 000 Einw. und 1 Jahr		11,5	p 11,8	11,4	11,7	12,3	p 13,6	p 12,2	p 11,8	...
darunter im ersten Lebensjahr										
*Anzahl		93	95	85	98	92	99	106	85	...
*je 1 000 Lebendgeborene		32,6	28,4	24,3	28,4	27,6	26,9	29,1	23,1	...
Mehr geboren als gestorben										
*Anzahl		694	1 065	1 321	1 133	990	979	1 293	1 349	...
*auf 1 000 Einw. und 1 Jahr		3,7	p 5,5	6,9	5,8	5,2	p 4,9	p 6,7	p 6,8	...
Wanderungen										
*Zuzüge über die Landesgrenze		6 523	7 031	9 943	8 128	8 067	6 586	8 956	...	...
*Fortzüge über die Landesgrenze		6 263	5 958	7 387	6 272	6 651	6 004	7 957	...	...
*Wanderungsgewinn		260	1 073	2 556	1 856	1 416	582	999	...	...
*Umzüge innerhalb des Landes <sup>4)</sup>		9 666	9 958	16 172	11 582	11 109	9 754	14 035	...	...
Wanderungsfälle <sup>4)</sup>										
Anzahl		22 452	22 947	33 502	25 982	25 827	22 344	30 948	...	...
auf 1 000 Einw. und 1 Jahr <sup>5)</sup>		170	p 170	261	191	194	p 162	p 234	...	...
Umsiedler										
davon nach		609	234	111	254	409	170	135	146	124
Nordrhein-Westfalen		326	116	75	174	127	42	54	86	47
Baden-Württemberg		43	17	19	37	25	31	15	24	11
Rheinland-Pfalz		10	3	3	-	10	2	-	-	3
Hessen		12	2	-	5	-	3	-	-	5
Hamburg		218	96	14	38	247	92	66	36	58
Bremen		-	-	-	-	-	-	-	-	-
Arbeitslage										
*Beschäftigte Arbeitnehmer <sup>6)</sup>	1 000	741 <sup>+</sup>	799 <sup>+</sup>	.	.	807	805	.	.	828
darunter *Männer	1 000	494 <sup>+</sup>	533 <sup>+</sup>	.	.	537	536	.	.	546
*Arbeitslose										
Anzahl	1 000	50	12	12	9	8	11	9	7	6
darunter *Männer	1 000	31	7	6	5	4	7	5	4	3
je 100 Arbeitnehmer		6,3	1,5	1,5	1,2	1,0	1,4	1,1	0,8	0,7

\*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht +) = Vierteljahresdurchschnitt

1) nach dem Ereignisort 2) nach der Wohngemeinde der Mutter 3) nach der Wohngemeinde des Verstorbenen 4) ohne Umzüge innerhalb der Gemeinden 5) unter Berücksichtigung des gesamten Wanderungsvolumens (Zu- und Fortzüge innerhalb des Landes und über die Landesgrenze)

6) Arbeiter, Angestellte und Beamte

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

	Einheit	1958	1961	1961			1962			
		Monats-Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
<b>LANDWIRTSCHAFT</b>										
Viehbestand										
*Rinder (einschl. Kälber)	1000	1 129 <sup>a</sup>	1 251 <sup>a</sup>	.	.	1 336	.	.	.	1 398
darunter *Milchkühe	1000	426 <sup>a</sup>	467 <sup>a</sup>	.	.	458	.	.	.	465
*Schweine	1000	1 279 <sup>a</sup>	1 636 <sup>a</sup>	.	.	1 473	1 637	.	.	1 653
darunter *Zuchtsauen	1000	126 <sup>a</sup>	171 <sup>a</sup>	.	.	173	171	.	.	174
darunter *trächtig	1000	77 <sup>a</sup>	107 <sup>a</sup>	.	.	113	108	.	.	111
Schlachtungen von Inlandtieren										
*Rinder (ohne Kälber)	1000 St	14	20	14	15	11	16	15	17	15
*Kälber	1000 St	5	5	6	5	3	7	5	4	3
*Schweine	1000 St	81	107	93	106	87	128	127	115	109
darunter *Hausschlachtungen	1000 St	15 <sup>b</sup>	12 <sup>c</sup>	6	3	1	16	7	3	2
*Gesamtschlachtgewicht <sup>7)</sup> (einschl. Schlachtfette)	1000 t	9,3	13,0	11,2	12,5	9,9	13,7	14,2	14,2	13,1
darunter										
*Rinder (ohne Kälber)	1000 t	3,0	4,4	3,2	3,2	2,3	3,6	3,5	4,0	3,4
*Schweine	1000 t	5,9	8,2	7,5	8,9	7,3	9,7	10,4	10,0	9,4
Durchschnittliches Schlachtgewicht für										
*Rinder	kg	223	227	234	220	215	233	234	239	225
*Kälber	kg	49	51	52	57	57	50	53	54	55
*Schweine	kg	89	86	86	86	85	87	87	89	88
Milcherzeugung										
*Kuhmilcherzeugung	1000 t	142	153	191	216	193	196	202	213	204
*Milchleistung je Kuh und Tag	kg	10,8	10,9	13,8	15,2	14,0	13,5	14,4	14,7	14,6
*Milchanlieferung an Molkereien in % der Gesamterzeugung	%	87	89	89	92	92	88	90	91	92
<b>INDUSTRIE<sup>8)</sup></b>										
*Beschäftigte	1000	164	174	174	174	174	176	177	177	...
darunter *Arbeiter <sup>9)</sup>	1000	136	142	142	142	142	143	144	143	...
*Geleistete Arbeiterstunden <sup>10)</sup>	1000	24 439	24 761	24 219	24 908	24 982	25 091	23 790	25 052	...
*Löhne (Bruttosumme)	Mill.DM	53,1	69,6	64,1	69,9	70,3	75,6	75,1	70,3	...
*Gehälter (Bruttosumme)	Mill.DM	16,5	22,9	21,8	22,1	22,6	25,3	25,7	25,5	...
*Brennstoffverbrauch	1000 SKE <sup>11)</sup>	74	68	62	61	56	68	67	58	...
Gasverbrauch	1000 Nm <sup>3</sup>	11 858	11 193	10 945	11 459	11 843	10 045	9 747	10 078	...
Heizölverbrauch	1000 t	31	45	46	48	47	55	52	53	...
*Stromverbrauch	Mill.kWh	72	88	82	86	86	92	87	92	...
*Stromerzeugung (netto der industriellen Eigenanlagen)	Mill.kWh	21	22	17	18	20	24	20	22	...
*Umsatz <sup>12)</sup>	Mill.DM	479	584	523	604	548	579	572	631	...
darunter *Auslandsumsatz	Mill.DM	65	79	63	95	73	55	67	84	...
Index der industriellen Produktion										
Gesamte Industrieproduktion										
einschl. Energie und Bau	1950=100	224	278	284	291	r 271	276	300	288	...
darunter Erzeugnisse des/der Erdölgewinnung		592	698	650	655	662	794	819	823	...
Industrie der Steine und Erden		193	254	282	291	r 293	179	268	308	...
Hochofen- und Stahlwerke		157	161	161	151	147	164	153	143	...
Eisen-, Stahl- und Tempergießereien		112	154	158	141	r 178	165	158	150	...
Mineralölverarbeitung		688	1 132	1 211	1 148	1 308	1 278	1 393	1 363	...
Gummi- und Asbestverarbeitung		741	1 176	1 357	1 215	r 1 109	1 087	1 116	1 157	...
Sägewerke und Holzbearbeitung		99	113	127	128	r 124	102	101	119	...
papierherzeugenden Industrie		256	313	324	315	r 319	319	307	312	...
Schiffbaues		312	297	331	334	r 286	242	265	239	...
Maschinenbaues		273	340	285	405	r 278	285	345	298	...
elektrotechnischen Industrie		508	702	701	705	r 673	666	674	601	...
feinmechanischen und optischen Industrie		609	819	810	784	r 717	771	848	822	...
Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie (einschl. Sportwaffen)		166	222	224	226	r 216	231	251	260	...
lederherzeugenden Industrie		116	96	88	96	r 89	76	92	60	...
Schuhindustrie		217	243	285	261	r 128	276	258	268	...
Textilindustrie		195	200	212	200	r 188	180	174	155	...
Bekleidungsindustrie		127	151	159	159	r 115	169	170	173	...
Fleischwarenindustrie		169	196	176	197	r 175	193	208	223	...
fischverarbeitenden Industrie		189	197	178	136	r 136	232	173	203	...
Molkereien und milchverarbeitenden Industrie		121	129	173	198	r 163	158	189	189	...
tabakverarbeitenden Industrie		227	253	256	254	r 249	252	264	270	...
Bauproduktion		190	227	256	263	r 249	163	276	280	...

\* ) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

7) gewerbliche Schlachtungen 8) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauwirtschaft 9) einschl. gewerbliche Lehrlinge 10) einschl. Lehrlingstunden 11) eine Steinkohleeinheit = 1 t Steinkohle oder Steinkohlenkoks oder -briketts; = 1,5 t Braunkohlenbriketts; = 3 t Rohbraunkohle 12) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren a) Dezember b) Winterhalbjahr 1958/59 = 25 c) Winterhalbjahr 1961/62=22

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

	Einheit	1958	1961	1961			1962			
				Monats-Durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai
<b>ÖFFENTLICHE ENERGIEVERSORGUNG</b>										
*Stromerzeugung (brutto)	Mill.kWh	110	131	111	106	88	144	130	108	...
*Stromverbrauch 13)	Mill.kWh	143	175	175	178	169	219	195	199	...
*Gaserzeugung (brutto) 14)	Mill.cbm	17	18	17	17	16	21	19	19	...
<b>BAUWIRTSCHAFT UND WOHNUNGSWESEN</b>										
Bauhauptgewerbe 15)										
*Beschäftigte		55 228	61 829	62 633	63 060	62 956	p61 767	p64 037	p64 514	...
*Geleistete Arbeitsstunden	1000	9 286	9 618	10 082	10 732	10 933	p 6 897	p10 099	p11 168	...
darunter *für Wohnungsbauten	1000	4 157	4 172	4 520	4 726	4 746	p 2 677	p 4 265	p 4 612	...
*Löhne (Bruttosumme)	Mill. DM	22,4	32,2	31,4	34,1	36,6	p 24,7	p 38,5	p 43,2	...
*Gehälter (Bruttosumme)	Mill. DM	1,5	2,2	1,9	2,0	2,4	p 2,3	p 2,4	p 2,6	...
*Umsatz	Mill. DM	70,3	101,4	86,1	97,2	110,7	p 73,4	p 86,0	p 120,0	...
Baugenehmigungen 16)										
*Wohngebäude (ohne Gebäudeteile) 17)		922	1 071	863	1 237	1 064	921	992	1 090	1 031
*Nichtwohngebäude (ohne Gebäudeteile)		458	332	336	344	389	326	302	290	366
Veranschlagte reine Baukosten 17)										
für alle ganzen Gebäude	Mill. DM	60,9	97,1	75,7	106,4	93,6	102,8	82,8	107,6	111,5
darunter für Wohngebäude	Mill. DM	42,4	66,3	49,4	78,2	70,4	62,1	59,3	79,0	78,1
*Umbauter Raum in allen Gebäuden (ohne Gebäudeteile) 17)										
darunter *in Wohngebäuden	1000 cbm	1 069	1 369	1 051	1 600	1 396	1 310	1 092	1 473	1 528
	1000 cbm	691	862	635	1 061	932	771	711	960	926
*Wohnungen 18)										
darunter *in ganzen Wohngebäuden		2 109	2 479	1 801	2 986	2 748	2 199	2 013	2 839	2 733
		1 879	2 247	1 538	2 719	2 439	1 934	1 789	2 448	2 397
Baufertigstellungen										
Wohnungen 19)		1 533	2 162	1 191	1 271	1 710	755	1 122	1 436	946
Wohnräume 20)		6 064	8 767	4 566	5 089	6 853	3 238	4 239	5 827	3 696
<b>HANDEL UND GASTGEWERBE</b>										
*Index der Einzelhandelsumsätze	1961=100	.	.	92	98	98	107	105	106	113
davon										
*Nahrungs- und Genußmittel		.	.	95	98	102	108	105	103	114
*Bekleidung, Wäsche, Schuhe		.	.	91	102	92	86	100	107	113
*Hausrat und Wohnbedarf		.	.	88	93	89	105	99	102	95
*Sonstige Waren		.	.	92	100	99	123	114	114	114
Handel mit dem Währungsgebiet der DM-Ost										
*Bezüge Schleswig-Holsteins	1000 DM	308	508	109	384	355	129	636	527	634
*Lieferungen Schleswig-Holsteins	1000 DM	1 211	1 376	1 031	1 744	1 883	349	1 289	1 023	728
Handel mit Berlin [West]										
*Bezüge Schleswig-Holsteins	1000 DM	8 126	14 304	15 724	13 565	15 060	18 659	15 058	17 258	15 161
*Lieferungen Schleswig-Holsteins	1000 DM	28 087	33 732	27 437	32 700	31 236	31 149	28 571	33 337	29 610
*Ausfuhr nach Warengruppen 21)	Mill. DM	67,7	89,5	99,2	75,0	90,9	70,6	76,5	112,1	...
davon Güter der										
*Ernährungswirtschaft	Mill. DM	5,1	6,6	10,3	4,8	4,8	6,0	6,9	4,3	...
*Gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	62,6	82,9	88,9	70,2	86,2	64,6	69,6	107,7	...
davon										
*Rohstoffe	Mill. DM	2,0	3,1	2,6	2,8	3,1	3,9	3,2	3,1	...
*Halbwaren	Mill. DM	4,8	8,5	10,3	5,6	8,0	11,2	6,8	9,4	...
*Fertigwaren	Mill. DM	55,8	71,4	76,0	61,8	75,0	49,6	59,6	95,3	...
davon										
*Vorerzeugnisse	Mill. DM	2,8	3,4	3,2	3,0	3,1	3,7	2,9	3,4	...
*Enderzeugnisse	Mill. DM	53,0	68,0	72,8	58,8	71,9	45,8	56,7	91,9	...
*Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchsländern 21)										
EWG-Länder	Mill. DM	11,0	18,1	17,9	14,1	14,8	18,8	27,1	27,6	...
darunter Italien	Mill. DM	1,7	5,3	6,9	4,4	5,0	6,2	5,0	5,4	...
Niederlande	Mill. DM	6,1	8,0	6,1	4,9	4,9	5,5	16,9	15,3	...
EFTA-Länder	Mill. DM	31,0	46,5	45,2	32,2	54,7	26,3	31,5	63,7	...
darunter Dänemark	Mill. DM	3,7	8,7	4,6	6,0	7,6	9,7	7,2	6,7	...
Großbritannien	Mill. DM	3,2	9,5	4,1	7,9	3,9	3,2	2,7	3,1	...
Norwegen	Mill. DM	14,2	17,1	23,0	1,6	33,2	1,7	1,6	38,6	...
Schweden	Mill. DM	6,3	4,2	5,1	3,2	3,9	4,6	13,0	8,4	...
Fremdenverkehr 22)										
*Fremdenmeldungen	1000	112	140	94	138	220	78	98	114	...
darunter *Auslandsgäste	1000	15	17	13	16	25	7	15	13	...
*Fremdenübernachtungen	1000	682	896	292	540	1 490	251	311	430	...
darunter *Auslandsgäste	1000	33	34	20	26	48	13	24	24	...

\*wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

13) einschl. Verluste 14) einschl. des vom Metallhüttenwerk Lübeck erzeugten Stadtgases 15) nach den Ergebnissen der Totalerhebung für alle Betriebe (hochgerechnet) 16) baupolizeilich genehmigte Bauvorhaben 17) nur Neubau und Wiederaufbau 18) nur Normalwohnungen 19) Normalbau 20) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen 21) 1962 = vorläufige Zahlen 22) ab April 1962 = vorläufige Zahlen

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

	Einheit	1958	1961	1961			1962			
		Monats-Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
<b>VERKEHR</b>										
Seeschifffahrt <sup>23)</sup>										
Güterempfang	1000 t	377	508	470	500	574	512	...	...	...
Güterversand	1000 t	102	150	116	135	147	172	...	...	...
Binnenschifffahrt										
*Güterempfang	1000 t	126	154	138	155	168	172	159	151	...
*Güterversand	1000 t	195	270	257	292	311	226	272	339	...
Nord-Ostsee-Kanal <sup>24)</sup>										
Schiffsverkehr										
Schiffe		5 645	6 437	5 783	6 223	7 273	6 132	6 070	7 055	...
darunter deutsche	%	65,5	63,7	65,4	63,9	64,7	66,2	64,1	65,4	...
Raumgehalt	1000 NRT	2 795	3 397	2 977	3 333	3 514	3 233	3 261	3 496	...
darunter deutscher Anteil	%	30,3	28,5	27,6	28,9	31,2	25,8	24,5	27,5	...
Güterverkehr	1000 t	3 840	4 766	4 132	4 581	5 010	4 554	4 464	4 856	...
und zwar										
auf deutschen Schiffen	%	32,6	30,5	28,7	30,9	33,7	27,4	26,1	29,9	...
Richtung West-Ost	1000 t	1 906	2 304	2 232	2 284	2 395	2 372	2 417	2 461	...
Richtung Ost-West	1000 t	1 935	2 462	1 900	2 297	2 615	2 182	2 047	2 395	...
*Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge		3 262	4 271	4 452	4 926	4 731	6 184	5 815	5 555	...
darunter										
*Krafträder (einschl. Motorroller)		227	123	219	233	219	115	132	143	...
*Personenkraftwagen		2 107	3 081	3 161	3 573	3 339	4 736	4 418	4 229	...
*Kombinationskraftwagen		175	242	251	278	272	344	341	345	...
*Lastkraftwagen		293	374	396	419	430	447	439	432	...
Straßenverkehrsunfälle										
Unfälle		2 513	3 493	2 918	3 400	3 584	3 185	3 164	3 293	p3 555
davon										
*mit Personenschaden		918	1 100	951	1 135	1 234	826	968	1 069	p1 273
*nur mit Sachschaden		1 595	2 393	1 967	2 265	2 350	2 359	2 196	2 224	p2 282
*Getötete Personen <sup>25)</sup>		40	50	48	53	63	46	41	39	p 55
*Verletzte Personen		1 130	1 394	1 173	1 442	1 557	1 052	1 223	1 374	p1 697
<b>GELD UND KREDIT</b>										
Kreditinstitute (ohne LZB) <sup>26)</sup>										
*Kredite an Nichtbanken	Mill. DM	3 105 <sup>d</sup>	4 943 <sup>d</sup>	4 496	4 552	4 655	5 138	5 171	5 265	...
davon										
*Kurzfristige Kredite	Mill. DM	939 <sup>d</sup>	1 436 <sup>d</sup>	1 382	1 399	1 458	1 520	1 521	1 574	...
darunter *an Wirtschaft und Private	Mill. DM	928 <sup>d</sup>	1 425 <sup>d</sup>	1 377	1 396	1 454	1 514	1 515	1 563	...
*Mittel- und langfristige Kredite	Mill. DM	2 165 <sup>d</sup>	3 506 <sup>d</sup>	3 115	3 153	3 197	3 617	3 650	3 691	...
darunter an *Wirtschaft und Private	Mill. DM	1 864 <sup>d</sup>	3 022 <sup>d</sup>	2 692	2 728	2 766	3 118	3 142	3 179	...
*Einlagen von Nichtbanken <sup>26)</sup>	Mill. DM	2 067 <sup>d</sup>	3 090 <sup>d</sup>	2 896	2 949	2 921	3 118	3 143	3 243	...
davon										
*Sicht- und Termineinlagen	Mill. DM	1 012 <sup>d</sup>	1 369 <sup>d</sup>	1 295	1 337	1 295	1 301	1 314	1 397	...
darunter *von Wirtschaft und Privaten	Mill. DM	837 <sup>d</sup>	1 071 <sup>d</sup>	1 040	1 040	1 024	1 031	1 035	1 079	...
*Spareinlagen am Monatsende	Mill. DM	1 054 <sup>d</sup>	1 721 <sup>d</sup>	1 601	1 612	1 626	1 817	1 829	1 846	...
darunter *bei Sparkassen	Mill. DM	706 <sup>d</sup>	1 159 <sup>d</sup>	1 071	1 078	1 087	1 228	1 235	1 247	1 257
*Gutschriften auf Sparkonten	Mill. DM	57	85	68	67	74	90	80	84	...
*Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	41	70	64	56	60	65	68	68	...
*Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)		9	8	6	7	6	9	10	4	6
*Vergleichsverfahren (eröffnete)		2	2	3	2	2	2	1	-	1
Wechselproteste	Anzahl	636	754	727	758	725	722	640	639	...
Wert	1000 DM	465	552	472	459	573	521	394	532	...
<b>STEUERN <sup>27)</sup></b>										
*Landesteuern	1000 DM	32 185	54 928	32 970	36 262	80 578	79 879	35 796	40 468	89 972
darunter										
*Vermögenssteuer	1000 DM	1 463	2 393	409	4 691	469	689	262	5 554	827
*Kraftfahrzeugsteuer	1000 DM	3 596	5 432	5 155	5 787	5 237	6 578	6 653	6 008	5 702
*Biersteuer	1000 DM	420	561	414	532	551	437	413	533	627
*Bundessteuern	1000 DM	93 577	121 732	109 590	103 469	135 072	129 224	109 523	111 422	140 735
darunter										
*Umsatzsteuer einschl. Umsatzausgleichsteuer	1000 DM	29 801	39 324	37 611	35 047	39 192	33 139	41 900	38 812	37 035
*Beförderungsteuer	1000 DM	1 034	1 253	1 177	1 157	1 205	1 026	1 075	1 167	1 320
*Zölle	1000 DM	7 838	8 529	7 544	8 226	7 953	9 634	8 941	2 801	8 252
*Verbrauchssteuern	1000 DM	41 359	49 191	50 407	47 240	48 236	48 521	46 134	54 875	51 400
darunter *Tabaksteuer	1000 DM	32 960	35 876	35 633	34 061	33 219	39 241	33 083	35 891	33 482
*Notopfer Berlin <sup>28)</sup>	1000 DM	354	44	42	47	67	27	14	-12	95
außerdem *Lastenausgleichsabgaben	1000 DM	5 396	6 077	4 114	10 690	2 614	3 971	6 159	11 305	3 281

\* ) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

23) Monatsangaben 1961/62 = vorläufige Zahlen 24) ohne "Sportfahrzeuge ohne Tonnageangabe" 25) einschl. der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen 26) Monatszahlen; Bestand am Ende des Berichtszeitraumes 27) Rechnungsjahr, ab 1960 Kalenderjahr 28) ohne Abgabe auf Postsendungen d) Stand: 31. 12.

Schluß: Monats- und Vierteljahreszahlen

	Einheit	1958	1961	1961			1962			
		Monats-Durchschnitt			April	Mai	Juni	März	April	Mai
noch: STEUERN										
Steuern vom Einkommen <sup>29)</sup>	1000 DM	37 688	66 828	36 596	33 580	109 769	105 362	38 456	39 369	121 810
davon										
*Lohnsteuer	1000 DM	14 013	25 257	19 119	19 442	22 365	13 499	19 274	22 793	26 199
*Veranlagte Einkommensteuer	1000 DM	15 925	30 184	16 002	11 822	62 667	70 102	17 654	14 428	71 766
*Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	1000 DM	428	617	320	192	1 344	672	330	601	673
*Körperschaftsteuer	1000 DM	7 322	10 790	1 156	2 123	23 393	21 088	1 198	1 547	22 973
Gemeindesteuern										
*Realsteuern	1000 DM	57 325 <sup>+</sup>	77 034 <sup>+</sup>	75 868 <sup>e</sup>	.	.	80 294 <sup>e</sup>	.	.	.
davon										
*Grundsteuer A	1000 DM	6 816 <sup>+</sup>	6 982 <sup>+</sup>	6 562 <sup>e</sup>	.	.	6 833 <sup>e</sup>	.	.	.
*Grundsteuer B	1000 DM	11 575 <sup>+</sup>	12 710 <sup>+</sup>	13 121 <sup>e</sup>	.	.	14 504 <sup>e</sup>	.	.	.
Baulandsteuer	1000 DM	.	.	.	.	.	209	.	.	.
*Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	1000 DM	34 826 <sup>+</sup>	52 295 <sup>+</sup>	52 047 <sup>e</sup>	.	.	52 832 <sup>e</sup>	.	.	.
*Lohnsummensteuer	1000 DM	4 109 <sup>+</sup>	5 029 <sup>+</sup>	4 137 <sup>e</sup>	.	.	5 816 <sup>e</sup>	.	.	.
*Sonstige Steuern	1000 DM	6 119 <sup>+</sup>	6 530 <sup>+</sup>	6 475 <sup>e</sup>	.	.	6 254 <sup>e</sup>	.	.	.
PREISE										
Preisindexziffern im Bundesgebiet										
Einkaufspreise für Auslandsgüter	1950=100	100	94	93	94	93	94	95	p 94	...
Preise ausgewählter Grundstoffe	1950=100	132	131	129	130	131	132	133	133	p 133
Erzeugerpreise										
industrieller Produkte	1958=100	100 <sup>f</sup>	101,9	101,7	101,7	101,6	102,8	103,0	103,0	...
landwirtschaftlicher Produkte	1957/59=100	100,4 <sup>f</sup>	97,8 <sup>g</sup>	96,8	99,6	101,5	106,1	p108,6	p107,1	...
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen am Gebäude	1958=100	100	121,8	.	118,9	.	.	.	p132,5	.
Einkaufspreise landwirtschaftlicher										
Betriebsmittel (Ausgabenindex)	1958/59=100	100 <sup>f</sup>	103,6 <sup>g</sup>	104,9	104,9	104,8	108,1	108,0	p107,8	...
Einzelhandelspreise	1958=100 h)	100	103	102	103	103	107	107	107	...
Preisindex für die Lebenshaltung <sup>30)</sup>	1958=100	100	105,0	104,1	104,8	105,6	108,1	108,9	109,2	109,8
darunter										
Ernährung	100	103,6	102,2	103,6	105,5	107,9	109,5	110,2	111,5	111,5
Wohnung	100	118,0	117,4	117,6	117,6	120,2	121,3	121,3	121,3	121,3
Heizung und Beleuchtung	100	103,7	102,7	102,4	102,6	106,0	104,6	104,2	104,5	104,5
Bekleidung	100	104,0	103,8	103,9	103,9	106,3	106,6	106,8	106,9	106,9
Hausrat	100	101,1	100,2	100,5	100,6	103,4	103,0	103,3	103,4	103,4
LÖHNE UND GEHÄLTER <sup>31)</sup>										
Arbeiterverdienste in der Industrie										
Bruttowochenverdienste										
*männlich	DM	116,69	146,78	.	140,55	.	.	.	164,41	.
darunter Facharbeiter	DM	124,34	156,59	.	149,67	.	.	.	174,82	.
*weiblich	DM	67,56	88,45	.	86,83	.	.	.	97,29	.
Bruttostundenverdienste										
*männlich	Pf	243,5	307,9	.	296,6	.	.	.	344,6	.
darunter Facharbeiter	Pf	258,6	327,0	.	313,6	.	.	.	365,1	.
*weiblich	Pf	152,9	203,6	.	200,5	.	.	.	228,2	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
*männlich	Std.	47,9	47,7	.	47,4	.	.	.	47,7	.
*weiblich	Std.	44,2	43,4	.	43,3	.	.	.	42,6	.
Geleistete Wochenarbeitszeit										
*männlich	Std.	44,5	44,3	.	41,0	.	.	.	43,7	.
*weiblich	Std.	41,4	40,5	.	37,0	.	.	.	38,8	.
Angestelltenverdienste										
Bruttomonatsverdienste in der Industrie <sup>32)</sup>										
kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	588	732	.	712	.	.	.	784	.
*weiblich	DM	382	475	.	458	.	.	.	513	.
technische Angestellte										
*männlich	DM	697	850	.	830	.	.	.	908	.
*weiblich	DM	403	500	.	480	.	.	.	527	.
im Handel <sup>33)</sup>										
kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	540	679	.	657	.	.	.	722	.
*weiblich	DM	331	409	.	399	.	.	.	432	.
technische Angestellte										
*männlich	DM	497	706	.	680	.	.	.	746	.
*weiblich	DM	259	.	.	283	.	.	.	360	.
in Industrie <sup>32)</sup> und Handel <sup>33)</sup> zusammen										
kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	554	696	.	675	.	.	.	741	.
*weiblich	DM	347	428	.	416	.	.	.	455	.
technische Angestellte										
*männlich	DM	685	842	.	821	.	.	.	900	.
*weiblich	DM	391	494	.	473	.	.	.	522	.

\*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

+)=Vierteljahresdurchschnitt

29) in den Landes- und Bundessteuern enthalten 30) 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalt mit Lebenshaltungsausgaben von rund 570 DM und einem Haushalts-Nettoeinkommen von rund 600 DM monatlich nach den Verbrauchs- und Preisverhältnissen des Jahres 1958 31) Effektivverdienste: 1958 und 1961 Durchschnitte aus 4 Erhebungen 32) einschl. Baugewerbe 33) Handel, Geld- und Versicherungswesen

e) l. l. - 31. 3. f) Wirtschaftsjahr 1958/59 (Juli - Juni) g) Wirtschaftsjahr 1960/61 (Juli - Juni) h) Umbasierung der Originalreihe 1950=100

Jahreszahlen B\*

	Zeit <sup>1)</sup>	Einheit	1950	1955	1956	1957	1958	1959	1960	1961
<b>HANDEL UND GASTGEWERBE</b>										
Index der Einzelhandelsumsätze		1960=100	.	.	.	.	.	.	100	109
Ausfuhr	JS	Mill. DM	86,9	580,9	719,3	775,5	812,0	915,5	1 194,0	1 074,1
davon Güter der Ernährungswirtschaft	JS	Mill. DM	8,9	47,1	67,1	52,3	60,9	80,6	93,1	78,9
Gewerblichen Wirtschaft	JS	Mill. DM	78,0	533,8	652,2	723,2	751,0	834,8	1 100,9	995,2
in % des Bundes			1,0	2,3	2,3	2,2	2,2	2,2	2,5	2,1
<b>2) Fremdenverkehr</b>										
Fremdenmeldungen	JS	1 000	367	988	1 184	1 265	1 329	1 473	1 544	1 665
darunter Auslandsgäste	JS	1 000	20	156	182	183	181	187	206	201
Fremdenübernachtungen	JS	1 000	2 239	5 539	6 803	7 463	8 127	9 358	9 779	10 698
darunter Auslandsgäste	JS	1 000	48	329	384	392	402	411	409	402
<b>VERKEHR</b>										
<b>Seeschifffahrt</b>										
Güterempfang	JS	1 000 t	1 689	4 019	3 829	4 253	4 525	4 697	5 822	6 102
Güterversand	JS	1 000 t	1 033	1 324	1 384	1 218	1 228	1 305	1 726	1 798
<b>Binnenschifffahrt</b>										
Güterempfang	JS	1 000 t	.	1 169	1 305	1 411	1 507	1 412	1 649	1 851
Güterversand	JS	1 000 t	.	2 002	1 865	1 781	2 342	2 599	2 852	3 239
<b>Nord-Ostsee-Kanal Schiffsverkehr</b>										
Schiffe	JS		47 271	62 911	62 402 <sup>a)</sup>	66 588	67 738	73 443	77 729	77 244
Raumgehalt	JS	1 000 NRT	17 771	31 279	31 601	33 189	33 542	36 137	41 527	40 762
Güterverkehr	JS	1 000 t	29 907	46 595	47 069	47 348	46 083	49 974	57 653	57 191
und zwar										
auf deutschen Schiffen	JS	%	20,1	30,4	31,8	32,5	32,6	32,6	31,2	30,5
Richtung West-Ost	JS	1 000 t	13 461	23 533	23 982	24 346	22 868	24 880	29 228	27 642
Richtung Ost-West	JS	1 000 t	16 446	23 062	23 087	23 003	23 216	25 095	28 426	29 549
Zulassungen von fabrikneuen Kraftfahrzeugen	JS		14 922	29 456	29 793	33 040	39 140	42 967	45 683	51 251
darunter Pkw 3)	JS		4 780	13 727	15 802	19 780	25 280	29 485	33 012	36 977
<b>Kraftfahrzeugbestand</b>										
Kraftfahrzeuge	1. 7.	1 000	66 <sup>b)</sup>	188	204	225	246	273	307	341
darunter										
Kraftfahrzeuge	1. 7.	1 000	22 <sup>b)</sup>	70	72	73	69	64	60	55
Pkw	1. 7.	1 000	20 <sup>b)</sup>	65	75	92	113	140	172	206
Lkw	1. 7.	1 000	16 <sup>b)</sup>	28	27	28	28	28	29	31
<b>Straßenverkehrsunfälle</b>										
Unfälle	JS		9 912	20 687	22 798	26 270	30 155	32 994	38 856	41 918
Getötete Personen 4)	JS		208	400	428	416	477	504	564	596
Verletzte Personen	JS		5 910	12 028	12 627	12 948	13 562	15 326	16 687	16 725
<b>GELD UND KREDIT</b>										
Spareinlagen	31. 12.	Mill. DM	131	606	704	871	1 054	1 294	1 534	1 721
je Einwohner	31. 12.	DM	51	266	310	385	463	565	664	738
<b>OFFENTLICHE FÖRSORGE 5)</b>										
Laufend unterstützte Personen	Ende Rj.	1 000	85,1	61,2	72,5	64,9	60,0	55,4	53,1	46,1
je 1 000 Einwohner	Ende Rj.		33,5	27,1	32,2	28,7	26,3	24,2	23,0	19,7
Gesamtaufwand	Rj. (JS)	Mill. DM	62,0	73,4	83,1	85,6	90,7	90,7	67,4	88,5
je Einwohner	Rj. (JS)	DM	24	32	37	38	40	40	29	38
<b>OFFENTLICHE FINANZEN</b>										
Landessteuern	Kj. (JS)	Mill. DM	182	252	289	330	375	435	543	659
darunter Kraftfahrzeugsteuer	Kj. (JS)	Mill. DM	15	27	31	37	42	47	57	65
je Einwohner	Kj. (JS)	DM	71	110	127	146	165	190	236	284
Bundessteuern	Kj. (JS)	Mill. DM	462	838	964	1 027	1 098	1 245	1 333	1 461
darunter Umsatzsteuer	Kj. (JS)	Mill. DM	166	311	326	340	353	381	427	472
je Einwohner	Kj. (JS)	DM	181	366	424	455	484	545	580	628
Steuern vom Einkommen 6)	Kj. (JS)	Mill. DM	150	294	324	374	437	511	656	802
je Einwohner	Kj. (JS)	DM	59	128	142	166	193	224	285	345
Gemeindesteuern	Kj. (JS)	Mill. DM	117	187	199	219	236	288	321	334
darunter										
Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital und Lohnsumme	Kj. (JS)	Mill. DM	43	99	110	126	140	189	221	229
je Einwohner	Kj. (JS)	DM	46	82	88	97	104	126	140	144
Verschuldung (ohne Kassenkredite) des Landes	Ende Rj.	Mill. DM	780	1 454	1 518	1 482	1 631	1 763	1 830	1 802
Neuverschuldung der Gemeinden und Gemeindeverbände	Ende Rj.	Mill. DM	75	298	355	430	497	562	617	712
darunter Kreditmarktmittel	Ende Rj.	Mill. DM	23	119	160	215	264	325	371	447

\*) erscheint im monatlichen Wechsel mit A 1) JS = Jahressumme, Rj. = Rechnungsjahr, Kj. = Kalenderjahr 2) Fremdenverkehrsjahre (Oktober - September); Angaben für 1950 (nur Sommerhalbjahr) aus 110, ab 1955 aus 165 Berichtsgemeinden 3) ohne Kombinations- und Krankenkraftwagen 4) seit 1953 einschl. der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen 5) einschl. Tbc-Hilfe 6) Lohn-, veranlagte Einkommen- und Körperschaftsteuer sowie nicht veranlagte Steuer vom Ertrag in den Zeilen Bundes- und Landessteuern enthalten a) ab 1956 "ohne Sportfahrzeuge ohne Tonnageangabe" b) im Verkehr befindliche Kraftfahrzeuge

# KREISZAHLEN

Kreisfreie Stadt Landkreis	Wohnbevölkerung <sup>1)</sup> am			Baupolizeilich genehmigte Bauvorhaben im 2. Vj. 1962					
	30. 9. 1961	31. 12. 1961	31. 3. 1962	Veranschlagte reine Baukosten für alle ganzen Gebäude 2)		Umbauter Raum in allen ganzen Gebäuden 2)		Wohnungen	
				ins- gesamt	darunter für Wohn- gebäude	ins- gesamt	darunter in Wohn- gebäuden	ins- gesamt	darunter in ganzen Wohn- gebäuden 2)
Flensburg	98 617	98 190	97 754	8 915	2 995	91	31	93	71
Kiel	272 963	272 507	272 326	20 177	15 234	281	181	605	573
Lübeck	235 698	235 973	236 434	18 634	8 757	233	109	368	328
Neumünster	75 169	75 131	75 381	8 756	7 073	124	85	270	252
Eckernförde	63 939	64 060	64 352	12 978	9 527	202	122	320	289
Eiderstedt	19 154	18 984	18 883	2 487	2 365	31	28	59	56
Eutin	89 357	89 194	89 315	10 253	7 969	115	88	224	211
Flensburg-Land	63 890	64 317	64 828	6 687	5 059	111	68	175	159
Hzgt. Lauenburg	131 158	131 154	131 532	16 528	12 914	230	153	472	360
Husum	63 203	63 361	63 564	9 392	6 878	143	84	203	163
Norderdithmarschen	57 340	57 487	57 525	5 642	3 906	76	47	133	113
Oldenburg (Holstein)	79 660	79 553	79 384	13 056	9 519	156	104	292	254
Pinneberg	216 447	217 553	218 904	38 785	28 330	548	335	990	882
Plön	109 421	109 500	109 714	14 334	10 792	182	128	379	329
Rendsburg	158 611	159 143	159 202	24 690	17 505	326	213	557	515
Schleswig	98 179	98 331	98 190	12 061	7 507	150	95	291	239
Segeberg	95 251	95 673	96 109	18 795	13 600	301	162	510	449
Steinburg	121 708	122 123	122 212	13 785	9 629	181	116	362	311
Stormarn	144 836	145 498	145 985	20 416	16 706	268	196	576	444
Süderdithmarschen	71 991	71 998	72 045	7 505	5 426	111	72	218	188
Südtondern	59 828	59 368	59 660	17 973	14 824	233	180	488	448
Schleswig-Holstein	2 326 420	2 329 098	2 333 299	301 849	216 515	4 093	2 597	7 585	6 634

Kreisfreie Stadt Landkreis	Industrie <sup>3)</sup>		Öffentliche Fürsorge einschl. Tbc-Hilfe						
	Be- schäf- tigte am 31. 5. 1962	Umsatz <sup>4)</sup> in Mill. DM im Mai 1962	Laufend unter- stützte Personen in der offenen Fürsorge am 31. 12. 1961		Aufwand im Rechnungsjahr 1961				
			Anzahl	je 1 000 Einw.	insgesamt		offene	geschlos- sene	soziale
					1 000 DM	DM je Einw.			
							1 000 DM		
Flensburg	7 453	24,3	2 129	21,8	3 244	33,09	2 046	963	376
Kiel	34 590	85,9	5 677	20,9	9 441	34,74	5 492	3 395	976
Lübeck	34 711	91,4	5 033	21,5	8 529	36,53	5 150	2 755	825
Neumünster	13 244	28,4	1 585	21,6	2 166	29,51	1 322	615	218
Eckernförde	1 838	5,2	1 534	23,4	2 244	34,43	1 501	542	245
Eiderstedt	407	2,1	371	19,7	521	27,43	362	107	105
Eutin	4 246	15,4	2 165	24,0	2 514	27,93	1 624	575	386
Flensburg-Land	796	3,0	912	13,8	1 575	24,16	833	597	271
Hzgt. Lauenburg	9 167	20,5	2 227	17,0	3 293	25,29	2 139	707	450
Husum	905	4,7	960	15,2	1 496	23,90	964	387	280
Norderdithmarschen	1 136	3,8	826	14,4	1 249	21,88	827	245	245
Oldenburg (Holstein)	1 490	8,2	1 135	14,2	1 787	22,37	1 222	304	329
Pinneberg	19 611	84,3	2 393	10,8	4 491	20,60	2 381	1 618	515
Plön	1 872	9,8	2 188	19,8	2 772	25,23	1 869	568	465
Rendsburg	9 772	24,8	2 687	17,0	3 750	23,87	2 453	819	504
Schleswig	4 356	25,9	1 821	18,4	2 693	27,40	1 757	666	431
Segeberg	5 005	18,2	1 227	12,8	2 033	21,53	1 171	559	297
Steinburg	10 503	43,3	2 193	17,8	3 134	25,54	2 249	493	549
Stormarn	9 384	92,1	1 762	12,0	3 019	20,82	1 660	964	316
Süderdithmarschen	5 040	35,2	1 516	21,1	1 891	26,35	1 342	324	264
Südtondern	1 002	4,5	766	12,6	1 458	23,80	860	460	246
Schleswig-Holstein <sup>5)</sup>	176 528	631,0	46 079	19,7	88 530	38,09	44 870	36 986	8 752

1) vorläufiges Ergebnis

2) Neubau und Wiederaufbau

3) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche

Industrieberichterstattung)

4) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an

Handelswaren

5) bei "Öffentliche Fürsorge": einschl. Landesfürsorgeverband, Landesjugendamt und Jugendaufbauwerk

# SCHLESWIG-HOLSTEIN IM BUND

	Zeit — Stand	Bundes- gebiet ohne Berlin	Schles- wig- Hol- stein	Ham- burg	Nie- der- sach- sen	Bre- men	Nord- rhein- West- falen	Hes- sen	Rhein- land- Pfalz	Baden- Würt- tem- berg	Bayern	Saar- land
<b>BEVÖLKERUNG</b>												
Fortgeschriebene Wohnbevölkerung in 1 000	31.12.61 <sup>1)</sup>	54 399	2 328	1 841	6 675	712	16 029	4 861	3 439	7 839	9 582	1 083
Veränderung in %	"	+ 35	+ 47	+ 8	+ 47	+ 27	+ 34	+ 40	+ 16	+ 43	+ 35	+ 19
31. 12. 1961 geg. VZ 1939 <sup>2)</sup>	"	+ 13	- 10	+ 17	- 1	+ 30	+ 23	+ 14	+ 17	+ 24	+ 5	+ 13
31. 12. 1961 geg. VZ 1950 <sup>2)</sup>	"											
Bevölkerungsdichte 3) Einwohner je qkm	"	219	149	2 463	141	1 764	472	230	173	219	136	422
<b>UNTERRICHT, BILDUNG UND KULTUR</b>												
Schüler an den allgemeinbildenden Schulen <sup>1)</sup>												
in 1 000	Mai 1961	6 526	304	184	830	85	1 878	568	446	912	1 173	146
je 1 000 Einwohner	"	121	131	100	126	120	118	118	130	117	123	137
<b>ARBEIT</b>												
Beschäftigte Arbeitnehmer <sup>4)</sup> in 1 000	31.3.1962	20 881	805	834	2 371	299	6 752	1 817	1 165	3 082	3 398	357
Arbeitslose												
in 1 000	31.5.1962	98	7	4	16	4	29	6	5	3	23	2
je 100 Arbeitnehmer <sup>5)</sup>	"	0,5	0,8	0,5	0,7	1,3	0,4	0,3	0,4	0,1	0,7	0,5
<b>VOLKSEINKOMMEN</b>												
Brutto-Inlandsprodukt												
in Mrd. DM	1960	276 <sup>a</sup>	10	17	30	5	92	25	14	41	43	.
in DM je Einwohner	"	5 271 <sup>a</sup>	4 204	9 282	4 506	6 988	5 865	5 192	4 051	5 343	4 585	.
<b>LANDWIRTSCHAFT</b>												
Erzeugung von Kühmilch <sup>1)</sup>												
in 1 000 t	Mai 1962	1 980	213	3	435	3	343	122	89	230	531	11
in kg je Kuh und Tag	"	10,8	14,7	15,1	13,7	13,6	13,5	9,6	8,5	8,5	9,0	10,4
<b>INDUSTRIE</b>												
Beschäftigte <sup>6)</sup>												
in 1 000	31.3.1962	8 000	176	232	727	94	2 855	680	366	1 443	1 254	173
je 1 000 Einwohner	"	147	75	126	109	131	178	140	106	184	131	160
Umsatz 6) in Mill. DM	März 1962	24 604	579	1 199	2 587	367	9 216	1 885	1 036	4 101	3 217	416
darunter Auslandsumsatz in Mill. DM	"	3 781	55	122	476	37	1 361	324	178	653	429	146
Produktionsindex 7)												
(arbeitstäglich) 1950 = 100	"	p 264	279	246	301	232	.	301	292	276	268	.
<b>BAUWIRTSCHAFT<sup>1)8)</sup> UND WOHNUNGSWESEN</b>												
Beschäftigte												
in 1 000	31.3.1962	1 411	62	48	179	22	407	120	82	220	241	30
je 1 000 Einwohner	"	25,9	26,5	26,0	26,8	30,2	25,4	24,7	23,9	28,1	25,1	27,8
Geleistete Arbeitsstunden												
in Mill.	März 1962	171	7	6	19	3	53	14	9	30	27	3
je Einwohner	"	3,1	3,0	3,3	2,9	3,8	3,3	2,8	2,7	3,9	2,8	3,1
Zum Bau genehmigte Wohnungen <sup>9)</sup>												
Anzahl	April 1962	48 261	2 013	888	6 777	665	12 365	4 691	2 873	7 841	9 460	668
je 10 000 Einwohner	"	8,9	8,6	4,8	10,2	9,3	7,7	9,8	8,4	10,0	9,9	6,2
Fertiggestellte Wohnungen (Normalwohnungen)												
Anzahl	"	20 308	1 122	758	2 295	224	6 336	1 683	951	3 567	2 995	377
je 10 000 Einwohner	"	3,7	4,8	4,1	3,4	3,1	4,0	3,5	2,8	4,6	3,1	3,5
<b>AUSFUHR</b>												
Ausfuhr in Mill. DM <sup>1)</sup>	April 1962	4 242 <sup>b</sup>	76	131	449	39	1 511	379	200	711	430	139
<b>VERKEHR</b>												
Straßenverkehrsunfälle												
Anzahl	1. Vj. 1962	226 570	9 176	14 093	23 428	3 494	69 177	22 256	13 300	31 181	36 984	3 481
je 10 000 Einwohner	"	42	39	77	35	49	43	46	39	40	39	32
Getötete Personen												
Anzahl	"	2 632	126	84	427	29	819	229	178	313	370	57
je 1 000 Unfälle	"	12	14	6	18	8	12	10	13	10	10	16
<b>STEUERN</b>												
Steueraufkommen in DM je Einwohner												
Landessteuern 10)	1. Vj. 1962	120	77	239	86	150	137	138	78	130	103	78
Bundessteuern 11)	"	184	157	627	137	370	202	162	124	178	141	117
Gemeindesteuern	"	48	37	75	40	68	56	51	37	48	41	25
<b>GELD UND KREDIT</b>												
Bestand an Spareinlagen <sup>12)</sup>												
in DM je Einwohner	30.4.1962	1 079	786	1 465	987	1 172	1 159	1 071	937	1 117	1 031	1 010

1) vorläufiges Ergebnis      2) Saarland; Stand am 14. 11. 1951      3) Gebietsstand; 6. 6. 1961      4) Arbeiter, Angestellte und Beamte      5) Beschäftigte und Arbeitslose  
6) Ergebnisse der Industriebetriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Energiebetriebe und Bauwirtschaft  
7) Gesamtindex (ohne Bau)      8) nach den Ergebnissen der Totalerhebung (hochgerechnet)      9) in baupolizeilich genehmigten Bauvorhaben (Normalbau)  
10) einschl. Landesanteil an den Steuern vom Einkommen      11) einschl. Bundesanteil an den Steuern vom Einkommen und Notopfer Berlin  
12) ohne Postspareinlagen      a) ohne Saarland      b) einschl. der aus der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) ausgeführten Waren, die in anderen als den nachstehend genannten Ländern hergestellt oder gewonnen wurden (z. B. Rückwaren) oder deren Herstellungsland nicht festgestellt werden konnte. Vom Berichtsmonat Januar 1956 an auch einschl. Ersatzlieferungen

# Inhalt des lfd. Jahrgangs nach Sachgebieten

	Heft/Seite
Gebiets- und Bevölkerungsstand	
Bevölkerung 1960	1/8
Bevölkerungsbewegung	
Ehescheidungen 1960	5/140
Unterricht, Bildung und Kultur	
Akademische Prüfungen	6/188
Ingenieurschulen 1960/61	1/24
Jugendgruppen 1961	2/60
Lehrerbedarf und Lehrernachwuchs	4/108
Lehrernachwuchs	6/187
Pädagogische Hochschulen	6/188
Schulen, Allgemeinbildende - 1961	2/36
Turnen und Sport	2/60
Wahlen	
Bundestagswahl 1961, repräsentativ	2/38
Kommunalwahlen März 1962	7/200
Erwerbstätigkeit	
Streiks	5/155
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	
Betriebe, Landw. - nach Hauptbetriebsart	2/41
Betriebe, Landw. - über 100 ha	4/110
Bodennutzungssysteme	7/205
Gemüse 1961	4/124
Getreideernte und ihre Verwertung	2/46
Getreide 1961	4/125
Handelsdünger 1960/61	1/10
Milchwirtschaft 1961	6/168
Obsternte 1961	2/61
Schlacht tier- und Fleischbeschau	1/12
Schweinebestand März 1962	5/154
Vieh- und Fleischwirtschaft 1960/61	6/170
Zwischenfruchtanbau 1961	2/62
Unternehmungen und Arbeitsstätten (ohne Landwirtschaft)	
Kapitalgesellschaften 1961	5/149
Industrie und Handwerk	
Handwerk 1961	6/182
Industrie 1961	6/177
Produktion, Industrie- 1960	1/15
Bauwirtschaft, Gebäude und Wohnungen	
Bauwirtschaft 1961	5/142
Handel und Gastgewerbe	
Fremdenverkehr Sommer 1961	5/146
Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe	7/213
Konsumgenossenschaften 1960	4/127
Verkehr	
Berlin- und Interzonenhandel 1960	3/79
Güterbewegungsstatistiken	3/76
Pkw-Bestand, Voraussichtlicher -	4/128
Straßenverkehrsmittel, Öffentliche -	2/49
Geld, Kredit und Versicherungswesen	
Boden- und Kommunalkreditinstitute	7/217
Spareinlagen 1900 bis 1960	3/81
Zahlungsschwierigkeiten 1961	6/185

	Heft/Selte
<b>Öffentliche Finanzen</b>	
Finanzausgleich, Kommunalen -	6/187
Gewerbsteuer-Meßbeträge 1958	4/114
Steueraufkommen 1961	5/152
Umsätze 1960	2/54
Umsatzstruktur 1960	4/116
Vermögensmillionäre	2/63
<b>Preise</b>	
Baupreisstatistik	1/19
Gaststätten, Preise in - 1960	4/119
<b>Löhne und Gehälter</b>	
Handwerk, Löhne im -	3/85
Landwirtschaft, Löhne in der - 1961	6/174
<b>Versorgung und Verbrauch</b>	
Verbrauch in Haushalten	3/90
<b>Sozialprodukt</b>	
Bruttoinlandsprodukt Verarb. Gewerbe	1/4

## Neu erschienen:

### Statistische Berichte

A 1 2 „Wohnbevölkerung der Gemeinden  
in Schleswig-Holstein am 1. 1. 1962“

84 Seiten, Preis 4,70 DM

CO/Landwirtschaftszählung 1960 - 4

„Die Maschinenverwendung in den land- und  
forstwirtschaftlichen Betrieben 1960“

48 Seiten, Preis 2,70 DM

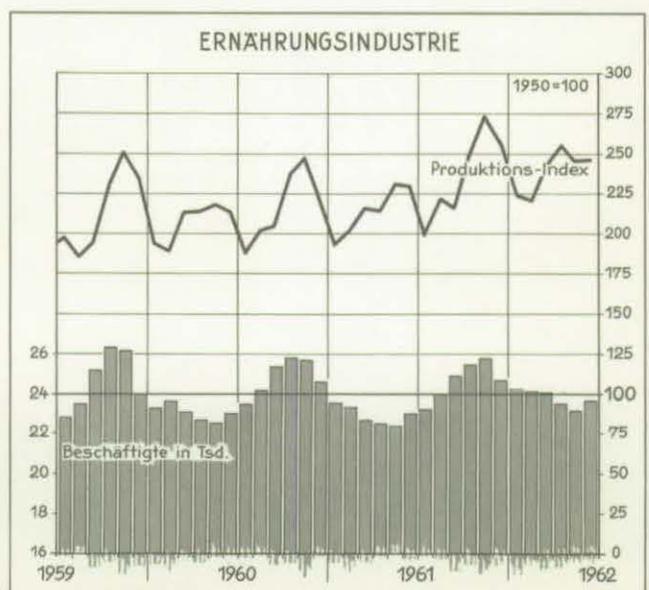
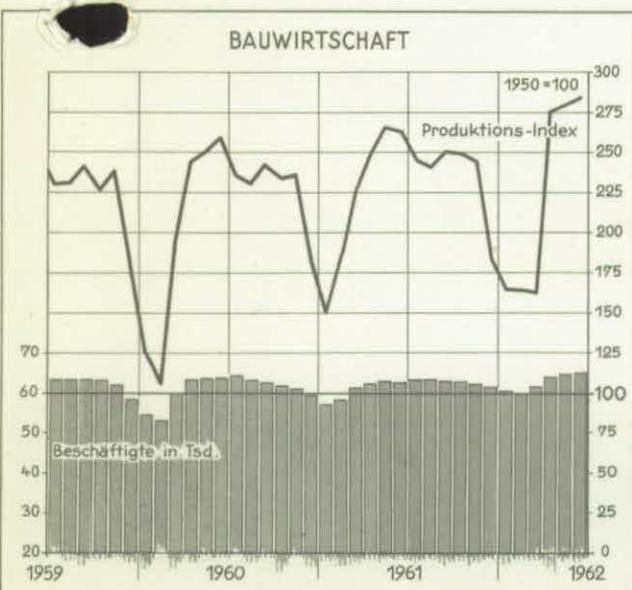
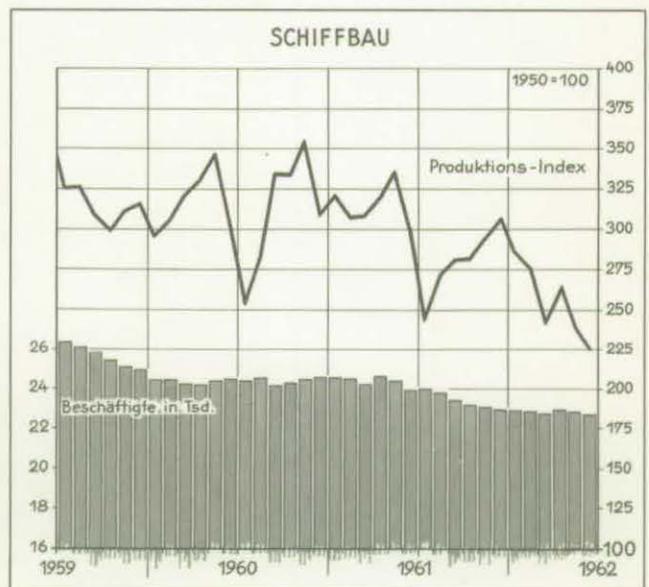
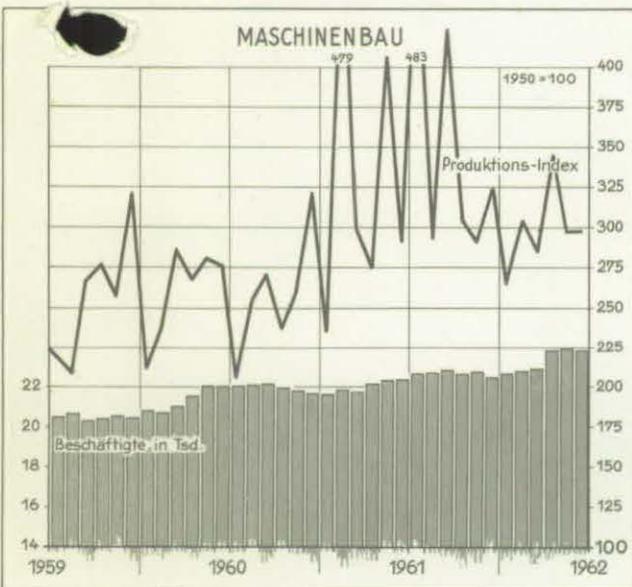
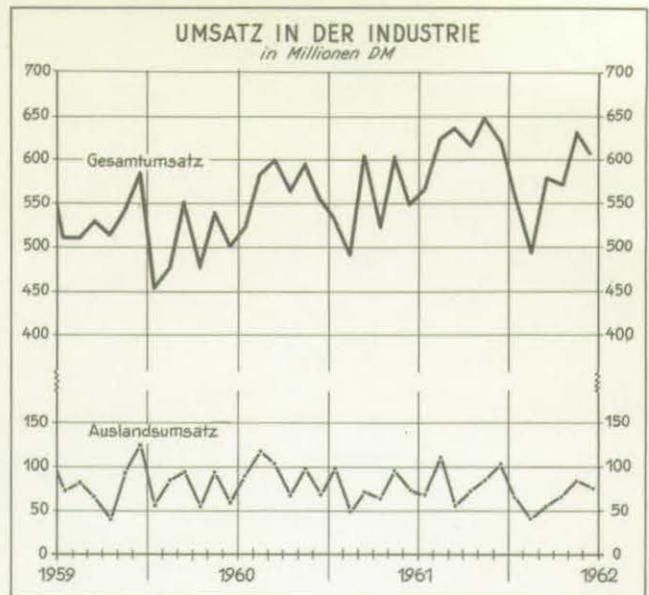
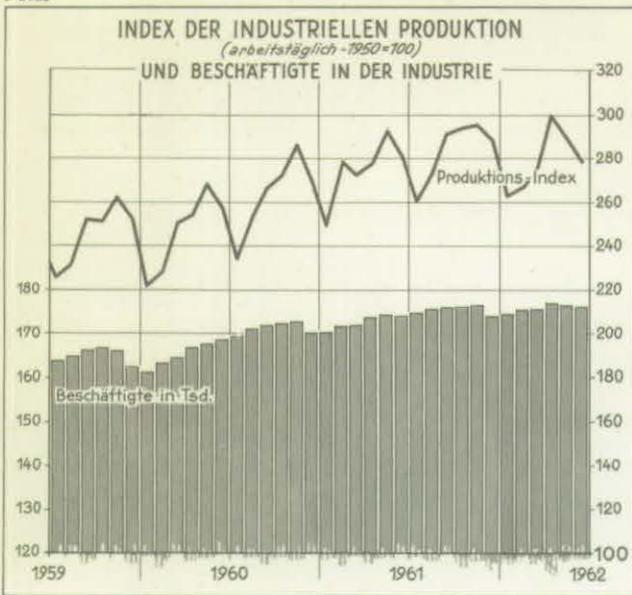
FO/Gebäudezählung 1961 - 1

„Die Gebäudezählung in Schleswig-Holstein  
am 6. Juni 1961“

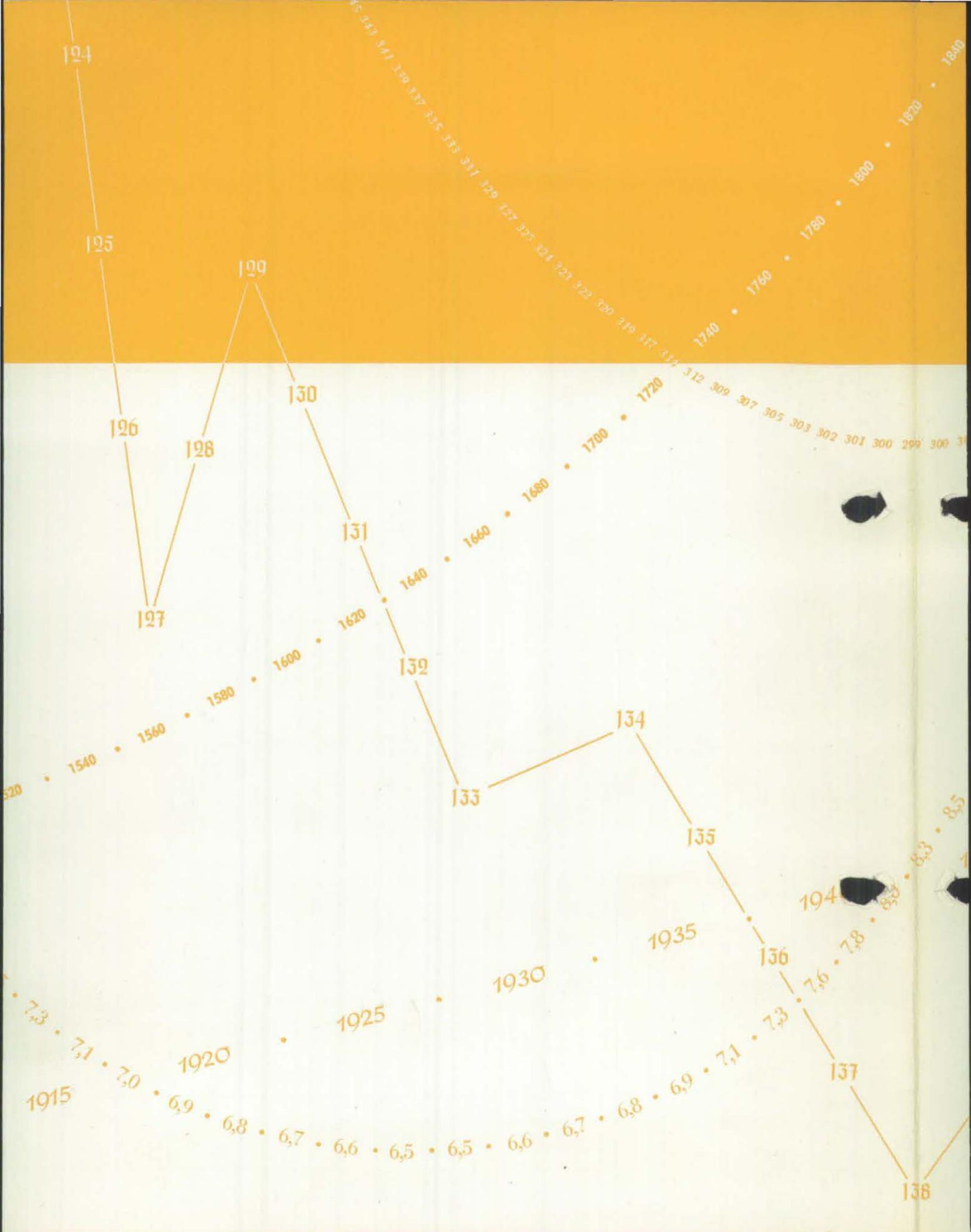
32 Seiten, Preis 2,20 DM

# SCHLESWIG-HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · B\*

D-3025



\*) Die "Wirtschaftskurven" A und B erscheinen im monatlichen Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil A enthält folgende Darstellungen: Bevölkerung (Bevölkerungsstand, Geborene und Gestorbene); Beschäftigte Arbeiter, Angestellte und Beamte; Arbeiterverdienste; Preisindex für die Lebenshaltung im Bund; Steueraufkommen; Kreditvolumen.



Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Kiel, Mühlenweg 166, Fernruf: Kiel 4 36 02  
 Schriftleitung: Dipl.-Psych. Heinemann. Druck: Offsetdruck Graphische Werke Germania-Druckerei Kiel  
 Bezugspreis: Einzelheft 2,50 DM, Vierteljahresbezug 7,- DM, Jahresbezug 20,- DM

- Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet -

Postbezugspreis entfällt, da nur Verlagsstücke; Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen